

# Programm zur Kommunalwahl

von

**Bündnis 90/Die Grünen in Solingen**  
(Langfassung)

**Wenn  
nicht jetzt,  
wann dann?**

**Für eine soziale und ökologische Politik in Solingen**

## **Inhalt:**

Einleitung	S. 2
Beteiligung und Mitentscheidung	S. 3
Frauen und Gleichstellung	S. 6
Umwelt	S. 8
Mobilität	S. 10
Integrierte Stadtentwicklung	S. 14
Soziales	S. 16
Selbst bestimmt leben auch im Alter	S. 17
Andersherum ist nicht verkehrt	S. 18
Migration / Integration	S. 19
Schule / Bildung	S. 20
Kinder / Jugend	S. 22
Kultur	S. 25
Sport	S. 29
Wirtschaft	S. 32
Finanzen	S. 34

**Liebe Bürgerinnen und Bürger,**

**seit zehn Jahren bestimmen CDU geführte Mehrheiten, mal mit der FDP, mal mit der SPD, die Kommunalpolitik in Solingen. Wir Grüne sind mit vielen Menschen in unserer Stadt der Meinung, dass in dieser Zeit die Weichen oft falsch gestellt wurden.**

**Was die Große Koalition auch anpackt, wird immer mehr zum Flop: Schließung von Schulen, Kindergärten und Schwimmbädern, der Qualitätsabbau im Öffentlichen Nahverkehr, Millionenverluste durch spekulative Zinswetten, der Löschwasservertrag und der gescheiterte, etwa 2 Millionen teure Stadtwerke- Verbund (RBSV), überhöhte Mieten im Rathausneubau, der Versorgungsposten für den Ex-Kämmerer, sind da nur einige Beispiele. Gäbe es nicht die in den 90er Jahren von rot/grünen Mehrheiten durchgesetzten Regionale- Projekte, wie die Korkenziehertrasse, die Güterhallen, den Müngstener Brückenpark, die Umgestaltung des Neumarktes und des Graf-Wilhelm-Platzes, sähe es noch schlechter aus.**

**Auch an ihren eigenen Maßstäben gemessen ist die Große Koalition gescheitert. Als Hauptgrund und vorrangiges Ziel für ihre Zusammenarbeit gaben CDU und SPD vor, den Haushaltsausgleich bis zum Jahr 2010 erreichen zu können. Heute ist die Stadt höher verschuldet als je zuvor und es droht in 2013 eher der Bankrott als das der Haushaltsausgleich erreicht werden könnte. Wenn es so weiter geht, ist die Stadt 2012 pleite.**

**Wir Grüne wollen eine ganz andere, eine soziale und ökologische, eine nachhaltige Politik. Wir wollen eine lebenswerte und soziale Stadt, die ihr Vermögen bewahrt, die für ein gutes Bildungs- und Betreuungsangebot sorgt, die das Klima schützt und die regionale Wirtschaft unterstützt. Dafür haben wir uns in den letzten Jahren als Opposition im Solinger Rat, bei Protesten und Bürgerbegehren z. B. gegen den Teilverkauf der Stadtwerke und der LEG-Wohnungen, gegen die Privatisierung der kommunalen Daseinsvorsorge und für die 4. Gesamtschule eingesetzt.**

**Für diese Politik bitten wir Sie bei der Kommunalwahl am 30. August um Ihre Stimme. Für Martina Zsack-Möllmann als Oberbürgermeisterin und für unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Stadtrat und die Bezirksvertretungen. Wenn Sie genauer erfahren wollen, welche Ziele wir haben, sprechen Sie uns an oder schreiben Sie uns eine Mail, oder lesen Sie einfach weiter.**

## **Beteiligung und Mitentscheidung**

### **Für einen Stadtrat, der die Solingerinnen und Solinger um Rat fragt**

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich dafür ein, dass die Beteiligung und Mitentscheidung der SolingerInnen endlich ernst genommen wird. Die Nichtzulassung zahlreicher Bürgerbegehren durch die Stadtratsmehrheit hat viele Menschen darin bestärkt, zu sagen, „Die machen ja doch was sie wollen!“, über die Hälfte der Wahlberechtigten nahm an der letzten Kommunalwahl schon gar nicht mehr teil. Wir setzen uns dafür ein, dass Verwaltung und Politik alles Notwendige dafür tun, damit die Bevölkerung über Bürgerbegehren auch tatsächlich abstimmen darf.

Wir setzen uns dafür ein, dass eine Kultur der Debatte über die Entwicklung unserer Stadt gefördert wird. Diese Debatte muss eine für alle EinwohnerInnen offene sein. In allen wichtigen Fragen sollten dabei Alternativen entwickelt und diskutiert werden. Das heute oft geltende Prinzip „Kommt ein Investor, dann hat er immer Recht“ muss abgelöst werden von einem Einwohnerprinzip: Zunächst brauchen wir eine öffentliche Diskussion und Entscheidung mit den EinwohnerInnen über die Ziele der Entwicklung der Stadtteile und der Gesamtstadt, erst dann werden ggf. externe Partner für die Umsetzung dieser Ziele gesucht.

Damit dies gelingt setzen wir uns für eine bessere, entscheidungsoffene Information der EinwohnerInnen und für mehr öffentliche Versammlungen in den Stadtteilen und in der Gesamtstadt ein. Wir wollen, dass regelmäßig quartiersbezogene Bewohnerversammlungen bei städtebaulichen Planungen durchgeführt werden. Wir wollen, dass die Beiräte und Foren, die sich für die stärkere Berücksichtigung der besonderen Probleme und Bedürfnisse z.B. der Jugend, der Behinderten, der MigrantInnen, der SeniorInnen und der Frauen einsetzen, gestärkt werden. Wir wollen, dass endlich umgesetzt wird, was vor Jahren – auf unsere Initiative hin – beschlossen wurde: ein von den SolingerInnen mit entwickelter und -beratener „Bürgerhaushalt“.

Wir setzen uns dafür ein, dass der begonnene Dialog mit der Bürgerschaft zur Entwicklung des Aktionsprogramms Nachhaltige Entwicklung fortgeführt und durch Politik und Verwaltung ernst genommen wird. Hier arbeiten viele SolingerInnen mit großem Engagement mit. Es ist notwendig, für die Einzelmaßnahmen endlich Finanzmittel bereitzustellen und zusammen mit den EinwohnerInnen politische Entscheidungen auf die Auswirkung für eine nachhaltige Entwicklung der Stadt hin zu überprüfen und zu verändern.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben, an der Gestaltung und Entwicklung unserer Stadt teilhaben. Nur so lässt sich eine gleichberechtigte Stadtgesellschaft in gegenseitigem Respekt gestalten. Deshalb wollen wir, dass alle Menschen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, wählen dürfen. Wir wollen die Beteiligung von MigrantInnen an Fragen der Stadtentwicklung verbessern. Dazu wollen wir, dass zur Beteiligungen an wesentlichen Planungen die Migrantenselbstorganisationen aufgesucht und befragt werden. Beteiligungsveranstaltungen sollten häufiger im öffentlichen Freiraum statt in geschlossenen Räumen durchgeführt werden. Haustürgespräche sollten geführt

werden, da so Hemmschwellen leichter überwunden werden. Übersetzung von Informationsmaterialien helfen, Sprachbarrieren zu überwinden. Zum Ernstnehmen der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gehört auch, dass auch die Namen von MigrantInnen bei Straßenneubennungen berücksichtigt werden.

Aber auch in der Arbeit des Stadtrates selbst und seiner Ausschüsse brauchen wir endlich wieder eine Stärkung der demokratischen Kultur. Durch die drastische Reduzierung der Sitzungstermine und der Anzahl der Ausschüsse ist eine Situation entstanden, in der die Beratungen der zahlreichen Tagesordnungspunkte häufig bis spät in den Abend hinein dauern. Die Aufmerksamkeit aller Beteiligten geht zurück. Debatten werden nicht mehr geführt. Ausschüsse verkommen zu reinen Abnickgremien. Auch dies drückt eine Missachtung der BürgerInnen aus, die ein Recht darauf haben, dass ihre Anregungen und Bedenken auch in den politischen Gremien einen Raum finden. Wir wollen, dass die Reduzierung der Sitzungstermine zurückgenommen wird, damit der Bedeutung der zu treffenden Entscheidungen Rechnung getragen wird.

Je mehr BürgerInnen ernst genommen werden und mitentscheiden können, desto größer wird ihre Bereitschaft für das Gemeinwesen einzutreten. In Solingen werden die Entscheidungen jedoch gerade in Zeiten der Großen Koalition von einer kleinen und abgehobenen Männerriege hinter verschlossenen Türen getroffen. Die Arbeit im Rat oder in den Fachausschüssen und Beiräten verkommt so zur ineffektiven Spiegelfechtereier. Die meisten Abgeordneten der Großen Koalition beschränken sich darauf, bereits im kleinen Kreis ausgekungelte Beschlüsse im Rat brav abzunicken. Die Oppositionsfraktionen werden von den Mehrheitsfraktionen systematisch benachteiligt und in der Ausübung ihrer Oppositionsrolle behindert. Anfragen werden überhaupt nicht, erst in letzter Minute oder schnodderig beantwortet. Und zur „Krönung“ bekommen die Anfragenden Oppositionsfraktionen noch von der Verwaltung vorgerechnet wie viel die Beantwortung ihrer Anfragen, die eine gut aufgestellte Verwaltung eigentlich mühelos leisten müsste, gekostet haben. Das Recht auf Information durch die Verwaltung und die Pflicht zur Kontrolle der Verwaltung wird den Oppositionsparteien zunehmend beschnitten. Protokolle werden zur Bedeutungslosigkeit zusammengestrichen und frisiert. Der Rat und seine Ausschüsse sind immer weniger Orte der offenen und ehrlichen politischen Diskussion um die besten Lösungen für die Zukunft unserer Stadt. Das demokratische Potential wird eher als störend denn als Chance empfunden und somit wenig genutzt. Aber ohne Opposition gibt es keine Demokratie. Und wem es an Respekt vor den demokratischen Rechten seines Widerparts mangelt, der hat auch Demokratiedefizite.

Grüne stehen dagegen für ein Höchstmaß an Transparenz, Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie

### **Klare Trennung zwischen Verwaltung und Politik**

Gerade durch die große Koalition werden die unterschiedlichen Rollen und Aufgaben von Verwaltung und Politik immer mehr verwässert. Politiker von CDU und SPD übernehmen Verwaltungsaufgaben und parteibuchprotegierte Verwaltungsleute übernehmen politische Mandate. Ein offener und demokratischer Wettbewerb um die besten Ideen und Lösungen für unsere Stadt findet deshalb kaum noch statt. Unklare Verantwortungsverhältnisse fördern Filz, Vetternwirtschaft und Machtmissbrauch.

Deshalb sind Bündnis 90/Die Grünen für eine strikte Trennung der Aufgaben von Politik und Verwaltung, wobei die Politik die Richtlinien bestimmt und die Verwaltung sich als Umsetzer und Dienstleister verstehen sollte. Immer öfter erleben wir allerdings, dass Mehrheitsbeschlüsse des demokratisch legitimierten Stadtrates von einer verfilzten CDU/SPD- Verwaltungsbürokratie torpediert werden. Siehe Kombibad!

**Die Selbstentmachtung des demokratisch gewählten „Parlamentes“ beenden**  
Durch die fortschreitende Privatisierungspolitik der neoliberalen Altparteien CDU, FDP und der im Schlepptau ihrer eigenen Machterhaltung befindlichen SPD werden immer mehr zentrale Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge der Kontrolle der durch Wahl legitimierten Interessensvertretung entzogen. Nicht nur durch den Verkauf des kommunalen Eigentums, sondern auch durch die Umwandlung desselben in private Rechtsformen wie GmbHs, aber auch g (gemeinnützige) GmbHs, sinkt der Einfluss der gewählten VolksvertreterInnen und die Möglichkeiten der demokratischen und öffentlichen Kontrolle.

Deshalb fordern wir:

- Keine weitere Umwandlung kommunaler Bereiche und Betriebe in privatrechtliche Gesellschaften und Stiftungen.
- Rückumwandlung von GmbHs und g GmbHs in kommunale Eigenverantwortung, wenn dies nicht mit unververtretbaren finanziellen Mehrbelastungen verbunden ist.
- Änderungen der Gesellschaftsverträge und Satzungen zur Sicherung des größtmöglichen Einflusses der Kommune auf Angebot, Geschäftspolitik und Preisgestaltung der bereits ausgegründeten GmbHs.
- Offenlegung der Einkünfte aller VertreterInnen der Stadt und ihrer ausgegliederten Gesellschaften, sowie der Stadtparkasse, aus ihrer eigenen Tätigkeit und in sogenannten Beratungs-, Verwaltungs- und Aufsichtsgremien, wie zum Beispiel dem RWE-Beirat.
- einen transparenten Subventionsbericht der Stadt, aus dem hervorgeht inwieweit die Stadt nicht öffentliche Aufgaben mit finanziert (z.B. PPP).

Alle fünf Jahre die Stimme abzugeben reicht in dieser schnelllebigen Zeit nicht mehr.

Deshalb wollen wir Grünen mehr Bürgerbeteiligung, Bürgerbefragung und einen Bürgerhaushalt (beispielhaft dafür wurde der in der brasilianischen Stadt Porto Alegre mit intensiver Beteiligung der EinwohnerInnen aufgestellte Haushalt).

Wer, wie die Große Koalition, an den demokratisch gewählten Gremien sparen will, der baut im Endeffekt die demokratische Kontrolle ab, die Willkür, Eigennutz und teure Fehlplanungen verhindern kann. Deshalb darf für Grüne die Demokratie auch etwas kosten und an

- Bezirksvertretungen mit besondere Bürgernähe nicht eingespart werden,
- Beiräte, wie der Behinderten-, Senioren und Integrationsrat dürfen nicht schlechter gestellt werden als Ratsausschüsse.
- BürgerInnen, die sich in solchen Gremien der kommunalen Selbstverwaltung organisieren müssen die gleichen Aufwandsentschädigungen erhalten wie Rats- und Ausschussmitglieder.

## **Frauen und Gleichstellung**

Die Veränderungen im Geschlechterverhältnis prägen unsere Gesellschaft. Benachteiligungen und Machtunterschiede zwischen den Geschlechtern sind längst noch nicht abgebaut. Ein Leben in Gleichberechtigung für Frauen und Männer in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist immer noch nicht erreicht. Die Gleichstellung bleibt ein zentrales gesellschaftliches Reformprojekt, denn nur eine geschlechtergerechte Politik ermöglicht die Modernisierung der Gesellschaft.

### **Mehr Frau ins Rathaus**

Frauen vorn – bei den Solinger GRÜNEN ist das kein leeres Versprechen, sondern Programm. Als einzige Partei im Solingen stellen wir eine Oberbürgermeisterkandidatin und die Doppelspitze ist für uns gelebter Alltag. Auch in unseren Mitgliederversammlungen und Fraktionssitzungen sind die Frauen in der Regel in der Mehrheit. Typisch grün aufgestellt ist ebenso unsere Liste für die Kommunalwahl: vielfältig, weiblich und stark

### **Beteiligung von Frauen**

Nach dem Wechsel der politischen Mehrheiten 2000, wurde der Frauenausschuss in Solingen gegen den Willen zahlreicher Frauen gegen den Widerstand der Solinger Grünen abgeschafft. Mit viel ehrenamtlichem Engagement und der Unterstützung der Gleichstellungsstelle konnte sich das Solinger Frauenforum in seiner heutigen Form etablieren. In regelmäßigen auch öffentlichen Veranstaltungen wurden wichtige Forderungen an die Politik formuliert. Leider hat das Solinger Frauenforum weder Antrags- noch Stimmrecht in den verschiedenen Gremien des Rates.

Deshalb fordern wir Solinger Grünen: die Stärkung des Frauenforums und seine Beteiligung bei allen sie betreffenden Entscheidungen.

### **Gendern in Solingen**

Die gesamte Verwaltungsspitze in Solingen ist männlich besetzt. Bei den großen Parteien sind ebenfalls die Männer in den entscheidenden Funktionen. Deshalb ist es kein Wunder, dass die Forderung nach Umsetzung von Gender-Mainstreaming hier nur ein müdes Lächeln verursacht. Deshalb fordern wir Solinger Grünen:

Dass frei werdende Dezernentenstellen durch fähige Frauen besetzt werden, dass Gender-Mainstreaming durch eine Dienstanweisung in der Verwaltung verbindlich wird, dass Gender-Budgeting im Haushalt ihren Niederschlag findet. Für die Umsetzung sind die Dezernate und die wie Eigenbetriebe geführten Einrichtungen verantwortlich. Bei allen grundsätzlichen Vorhaben, Projekten, Maßnahmen und entsprechenden Vorlagen an die politische Vertreten sind Aussagen zur Geschlechterverteilung einzuarbeiten. Bei allen Prozessen der Verwaltungsmodernisierung wird Gender-Mainstreaming von Beginn an mit einbezogen (NKF, Qualitätsmanagement, Personalentwicklung). Über den Prozeß der Durchführung erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung in den jeweiligen Fachausschüssen.

### **Die Hälfte der Macht den Frauen**

Frauen erhalten in Deutschland durchschnittlich immer noch 23% weniger Lohn als Männer. Fast alle Spitzenjobs sind von Männern besetzt. Wir setzen uns für eine geschlechtergerechte Teilhabe am Erwerbsarbeitsmarkt ein. Geeignete Maßnahmen sind eine gezielte und aufeinander abgestimmte Arbeitsmarkt- und Familienpolitik. Hierzu gehören eine Verbesserung der Kinderbetreuung sowie die Sensibilisierung von Männern in der Familienarbeit. Unsere Forderung bleibt: gleiches Geld für gleichwertige Arbeit. Wir

wollen mehr Respekt vor und Unterstützung für langzeitarbeitslose Frauen, insbesondere für Ältere und Alleinerziehende.

### **Stadt als Wirtschaftsförderin**

Immer mehr Frauen machen sich selbständig, sei es, dass sie einen Betrieb übernehmen oder ein eigenes Unternehmen gründen. Wir machen uns dafür stark, dass die städtische Wirtschaftsförderung geschlechtergerecht ausgerichtet wird. Wir wollen die Einrichtung eines Zentrums zur beruflichen Frauenförderung

### **Mädchen und junge Frauen**

Junge Frauen machen immer öfter die besseren Abschlüsse in Schule, Ausbildung und Beruf. Dennoch wählen sie aus über 340 Ausbildungsberufen nur 10 aus, die häufig wenig Gehalt und kaum Aufstiegschancen bieten. Die Stadt kann hier eine Vorbildfunktion übernehmen, indem sie die Hälfte aller Ausbildungsplätze an Mädchen und junge Frauen vergibt.

Kommunale Mädchenarbeit soll als Querschnittsaufgabe eine zentrale Rolle einnehmen. Dabei sollen geschlechtsspezifische Rollenmuster aufgebrochen und geschützte Räume angeboten werden. Es muss eigene Angebote in Sportvereinen, Kindergärten und in der Jugendhilfe geben. Wir wollen die Beteiligung von Mädchen und jungen Frauen bei der Stadtplanung und Umgestaltung öffentlicher Räume Internetcafés für Mädchen in Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen

### **Runder Tisch gegen häusliche Gewalt**

Seit vielen Jahren setzt sich der runde Tisch gegen häusliche Gewalt dafür ein, Frauen und Mädchen vor Gewalt in jeglicher Form zu schützen. Mit zahlreichen Veranstaltungen und Interventionsangeboten an Schulen, in Integrationskursen, im Gesundheitssystem gemeinsam mit Polizei, in Verbänden und den Frauenprojekten, wurden aktuelle Themen wie der Kampf gegen K.O.-Tropfen, Stalking und Genitalverstümmelung, Zwangsheirat oder sexualisierte Gewalt, so wie die Situation von Frauen mit Behinderung aufgegriffen. Dabei wurde deutlich, dass die Angebote von Frauenprojekten wie dem Frauenhaus, der Frauen-Beratung und der Anlaufstelle gegen sexuelle Mißhandlung von Mädchen und Jungen weiterhin einen großen Unterstützungsbedarf haben.

**Migrantinnen** In Solingen leben viele Frauen mit Migrationshintergrund. Wir setzen uns für Gesundheits- und Sportangebote für Migrantinnen, für muttersprachliche Gesundheitsangebote z.B. in der Schwangerschaftskonfliktberatung und für Sportangebote für Migrantinnen in reinen Frauengruppen ein. Wir wollen, dass alle frauenspezifischen Beratungsangebote von Migrantinnen genutzt werden können. Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen mit Migrationshintergrund und den entsprechenden Sprachkenntnissen bei Stellenbesetzungen stärker als bisher berücksichtigt werden. Außerdem wollen wir, dass Kinder mit Migrationshintergrund Sprachförderkurse zusammen mit ihren Müttern machen können.

### **Lesben sichtbar machen**

Lesben bilden keine Randgruppe, sondern sind ein wesentlicher Teil der Gesellschaft. Dennoch: viele müssen ihr Privatleben verstecken. Lesben sind gesellschaftlich unterrepräsentiert und in der öffentlichen Wahrnehmung kaum vorhanden. Bündnis 90/DIE GRÜNEN sehen es als eine Aufgabe der Kommunalpolitik, ein Umfeld zu schaffen, in dem auch Lesben offen, selbstbewusst und gleichberechtigt miteinander leben können. Wir wollen die Einrichtung eines Antidiskriminierungsbüros, zumindest aber einer kommunalen Koordinierungsstelle dass bei städtisch bezuschussten Frauenprojekten und allen geförderten Beratungsstellen, z.B. auch Familienberatungsstellen, die Situation von Lesben verstärkt und selbstverständlich Berücksichtigung finden soll

### **Selbstbestimmt leben im Alter**

Der Wunsch der Frauen, im Alter in der gewohnten Umgebung zu bleiben und weitestgehend autonom zu leben, wird noch zu wenig berücksichtigt. 80 Prozent der BewohnerInnen von Pflege- und Altenheimen in Solingen sind Frauen. Die unterschiedlichen Lebensentwürfe von Frauen müssen auch in der Alten- und Pflegebedarfsplanung berücksichtigt werden. Bisher scheiterten neue Wohn- und Betreuungsformen und frauenspezifische Angebote an mangelndem Bewusstsein und fehlender Infrastruktur. Auch die Beratung von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen soll am Einzelfall und an den individuellen Wünschen ausgerichtet sein. Noch immer liegt die Hauptverantwortung für die Pflege von Angehörigen auf den Schultern von Frauen. Und wenn sie selber hilfebedürftig werden, brauchen sie optimale Unterstützung.

### **„Öko“ ist existentiell**

Umwelt- und Naturschutz sind Kernthemen, aus denen Bündnis90/Die Grünen erwachsen und für die wir uns seit über 25 Jahren im Rat der Stadt Solingen einsetzen. Neben intakten Biotopstrukturen als Lebensraum für die heimische Tier- und Pflanzenwelt, Wiesen, Weiden und Wäldern als Arbeitsstandort der heimischen Land- und Forstwirtschaft zur Erzeugung regionaler Produkte und sauberen Quellbächen zur Trinkwasserspeisung der nahe gelegenen Talsperren sind auch innerstädtische Grünanlagen und Baum bestandene Alleen wertvolle Bausteine zum Erhalt eines verträglichen Stadtklimas und verringern – ebenso wie der Umstieg auf regenerative Energien – den Ausstoß von Treibhausgasen. Nicht zuletzt werden durch moderne Umwelttechnologien und sanften Tourismus Arbeitsplätze in Solingen geschaffen. Umgekehrt gilt, dass uns nichts so teuer zu stehen kommt, wie die Vernachlässigung ökologischer Belange. Aktiver Umweltschutz heißt für uns dafür Sorge zu tragen, dass ökologische Schäden gar nicht erst entstehen. Die nachträgliche Reparatur von Umweltschäden (Überflutungen durch Hochwasserereignisse, Sturmschäden, Schadstoff-Belastung von Gebäuden, Altlasten) ist meist nur notdürftig und wesentlich kostspieliger als ihre rechtzeitige und konsequente Vermeidung. Ökologie ist nicht Schmuckwerk sondern Grundvoraussetzung für den Erhalt unseres Wohlstandes und für die Verbesserung unserer Lebensqualität.

Solingens Stadtstruktur ist dezentral organisiert. Ein großes Plus Solingens ist, dass (noch) zahlreiche grüne Täler fußläufig zu erreichende Naherholungsmöglichkeiten gewährleisten. Aber diese Struktur ist bedroht von einem fortschreitenden Flächenfraß, der diese Stadt irgendwann verwechselbar mit vielen anderen machen wird, wenn wir dem nicht entgegen steuern. Deshalb setzen wir uns für eine Reduzierung des Flächenverbrauches ein. Dazu fordern wir die Ausweisung von Neubauf Flächen auf Stadtbrachen statt auf der grünen Wiese, die Förderung der Mehrgeschossigkeit bei Wohn- und Gewerbebauten.

### **Wasser und Abwasser**

Die Abwassersituation in Solingen hat sich durch das 1988 von den Grünen mit beschlossene Abwassersanierungsprogramm in den letzten zwanzig Jahren deutlich verbessert. So vermeidet die Einführung der Trennkanalisation von Brauch- und Regenwasser beispielsweise den Bau von groß dimensionierten Regenüberlaufbecken, die teuer sind und immer einen massiven Eingriff in die Natur darstellen. Ziel ist es, Regenwasser auf Grundstücken versickern zu lassen und

geregelt den Bächen zuzuführen. Daher sollten Wege und Parkplätze mit wasserdurchlässigen Decken gebaut werden. Das vermeidet im übrigen auch den Bau größerer (teurerer) Kanalbauten. Aber auch bestehende Flächen müssen – wo immer möglich – entsiegelt werden. Dafür sollte ein aktives Entsiegelungsprogramm aufgestellt werden. Die Einführung einer getrennten Abwassergebühr (Schmutzwasser- und Regenwassergebühren) auf grüne Initiative hin, zeigt in den letzten Jahren Wirkung. Dieser Kurs muss weiter verfolgt werden. Auch die vorhandenen Wasserläufe müssen geschützt werden. Von daher muss im Rahmen der Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie ein ausreichender Uferschutzstreifen entlang der Wupper und ihrer Nebenflüsse durchgesetzt und die Renaturierung der Solinger Bäche aktiv fortgesetzt werden. Und schließlich darf die Trinkwasserversorgung keinesfalls privatisiert werden. Das wichtigste Lebensmittel des Menschen darf nicht dem freien Spiel marktwirtschaftlicher Interessen ausgesetzt werden.

### **Klimaschutz und Luftreinhaltung**

Wie ein deutlicher Klimawandel unser tägliches Leben verändern kann, davon bekam man mit dem Orkan "Kyrill" im Januar 2007, den Hitzeperioden im Sommer 2006 aber auch den antizyklischen Hochwasserereignissen im Mai 2006 und September 2007 eine sanfte Vorahnung. Als Solingen 1992 dem Klimabündnis beitrat, hatte man den drohenden Klimawandel bereits erkannt und als Satzungszweck entsprechend deutliche Ziele für die Mitgliedskommunen fest geschrieben:

- Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen der Kommunen mit dem Ziel einer Halbierung bis zum Jahre 2010
- Weitgehende Reduzierung aller treibhausrelevanten Gase im kommunalen Bereich
- Vermeidung von Tropenholz im kommunalen Bereich
- Informationsaustausch zwischen den Kommunen und Vergabe gemeinsamer Gutachten zu den oben genannten Themen
- Unterstützung der indigenen Völker durch Förderung von Projekten
- Unterstützung der Interessen der amazonischen Indianervölker an der Erhaltung des tropischen Regenwaldes, ihrer Lebensgrundlage, durch Titulierung und nachhaltige Nutzung ihrer Territorien
- Information der Öffentlichkeit über die genannten Zielsetzungen und Förderung von Energiesparmaßnahmen im privaten Bereich.

Auf der Mitgliederversammlung des Klima-Bündnis in Wien ergänzte man das Klima-Bündnis-Ziel im Mai 2006 um den Passus "Die Mitglieder des Klimabündnis verpflichten sich zu einer kontinuierlichen Verminderung ihrer Treibhausgasemissionen. Ziel ist, alle 5 Jahre die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 10 % zu reduzieren. Dabei soll der wichtige Meilenstein einer Halbierung der Pro-Kopf-Emissionen (Basisjahr 1990) bis spätestens 2030 erreicht werden. Keine Frage, ein schnelles und entschiedenes Gegensteuern ist hier gefragt.

Die Umsetzung entsprechender Projekte im "Aktionsprogramm Solingen" kann da ein erster Schritt sein. Ein wirklich entscheidender Schritt in Richtung einer Abmilderung des Treibhauseffektes kann allerdings nur durch einen Dreiklang aus veränderter Lebensweise, Weiterentwicklung klimafreundlicher Wirtschaftsformen und gesetzgeberischer Lenkungsmaßnahmen erfolgen. Je eher das passiert, um so geringer

werden schmerzhaft Einschnitte im Lebensstandard jedes Einzelnen notwendig sein.

Doch neben dem durch die Erhöhung u.a. des CO<sub>2</sub>-Gehaltes in der Luft bewirkten Klimawandel ist Luft auch eines unserer wichtigsten Lebensmittel überhaupt, das auch in Solingen durch Autoabgase, Schwermetalle oder Ozon belastet ist. Die Bäume können nicht wie wir in klimatisierte Räume flüchten und sie haben sich als erste gemeldet. Viele Bäume sind krank und müssen geschlagen werden, wie es in den Buchen- und Fichtenwäldern in der Krüdersheide in den letzten Jahren schmerzhaft sichtbar wurden. Luftreinhaltung und Klimaschutz sind daher wesentliche Voraussetzung für eine gesunde Umwelt, der Anspruch an kommunales Handeln ist entsprechend hoch.

Wir brauchen einen deutlich erhöhten Anteil an erneuerbaren Energien in Solingen, was vor allem durch energetische Gebäudesanierung erreicht werden kann. Die Energieberatungsstelle der Verbraucherzentrale ist dabei ein ganz wichtiger Anlaufpunkt für alle diejenigen, die ihr Privathaus energetisch sanieren wollen und muss gesichert werden.

Die CO<sub>2</sub>-Satzungsziele des Klimabündnisses sind nur zu erreichen, wenn wir endlich ein ambitioniertes Klimaschutzprogramm für unsere Stadt auflegen – ergänzt durch ein Grünraumentwicklungsprogramm. Denn CO<sub>2</sub>-Einsparung ist das eine, Schaffung von CO<sub>2</sub>-Senken ist das andere. Jeder Baum in Solingen trägt dazu bei CO<sub>2</sub> zu binden – und die Attraktivität unserer Stadt zu erhöhen. Das sollten wir nutzen. Die Waldschadensberichte sollten jährlich erhoben, die Waldkalkungen regelmäßig durchgeführt und das Programm zur Pflanzung von Bäumen im Straßenraum wieder aufgelegt werden. Langfristig wollen wir unsere Wälder so gestalten und bewirtschaften, dass eine FSC-Zertifizierung möglich wird.

Eine Grundlage für Klimapolitik auf kommunaler Ebene ist das von uns Grünen 1993 durchgesetzte Stadtklimagutachten, das jedoch dringend aktualisiert werden müsste. Ein derart umfassendes Maßnahmenpaket würde massiv dazu beitragen, dass die Mitgliedschaft der Stadt im Klima-Bündnis nicht nur reines Lippenbekenntnis bleibt.

### **Natur- und Landschaftsschutz**

Der Schutz der Natur und die Bewahrung der biologischen Vielfalt des Lebens (Biodiversität) waren für die Grünen seit ihrer Gründung immer politische Ziele erster Ordnung: In der Dimension des Schutzes der Pflanzen- und Tierwelt um ihrer selbst willen und in der Dimension einer nachhaltigen Nutzung.

Der Erhalt von Biodiversität ist zwingend notwendig, da der Verlust an Artenvielfalt immer gleichbedeutend ist mit dem Verlust der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und damit unserer Lebensgrundlagen. Wenn der Klimawandel im bisherigen Tempo anhält, werden Schätzungen zufolge bis zu 30 % aller weltweiten Arten bis zur Mitte dieses Jahrhunderts ausgestorben sein und wer die Entwicklung der Roten Listen der gefährdeten Pflanzen, Tiere und Pflanzengesellschaften in NRW sieht, begreift, dass auch hier große Anstrengungen zum Schutz und zur Entwicklung der biologischen Vielfalt dringend notwendig sind. Der Schutz der Biodiversität muss systematisch in alle relevanten Politikfelder integriert werden. Dies gilt insbesondere für die Ökologisierung der Land- und Waldwirtschaft, aber auch die Erhaltung und Entwicklung von Trittsteinbiotopen im innerstädtischen Raum und - nicht zuletzt - das Zulassen von Wildnis.

Wildnis erfüllt vielfältige Funktionen für den Menschen und ist gleichfalls ein notwendiger Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklung. Aber nicht nur aus ökologischer

Perspektive kann Wildnis einen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung und Nutzung des Naturraumes leisten. Wildnisgebiete leisten einen Beitrag zur Stadtentwicklung. Wildnisgebiete erfüllen vielfache Funktionen für Erholungssuchende und Freizeitsportler/innen.

Die Grundlage für einen umfassenden Natur- und Landschaftsschutz sind mit dem Landschaftsplan der Stadt Solingen bereits gelegt. Nun muss endlich die Umsetzung der darin festgesetzten Maßnahmen erfolgen. Dazu gehört auch die Ausweisung und Entwicklung großflächiger, unzerschnittener Naturräume zum Erhalt überlebensfähiger Tier- und Pflanzengesellschaften sowie die Ausweisung so genannter Prozessschutzflächen in der sich Wald und Grünland ungestört entwickeln können. Ggf. müssen als schutzwürdig angesehene Gebiete auch angekauft werden!

Innerstädtisch müssen die Park- und Grünanlagen gesichert und Biotope vernetzt werden, was auf Grundlage der Stadtbiotopkartierung zu erfolgen hätte. Es gibt also sehr viel zu tun – zu dem im übrigen die ehrenamtlich arbeitenden Umwelt- und Naturschutzverbände einen Gutteil beitragen. Deswegen wollen wir sie stärken und fördern.

### **Landwirtschaft und Ernährung**

In Solingen ist das Stadtbild durch die sich bis in die Innenstadt ziehenden Bachtäler und einen breiten Gürtel aus Wald und freier Landschaft fast rund um die Stadt geprägt. Hier findet immer noch Landwirtschaft in Form von Ackerbau oder Nutzung der Wiesen als Weiden oder Grünland statt. Die Landwirtschaft hat somit einen wichtigen Anteil am Erhalt der vielfältigen bergischen Kulturlandschaft. Sie liefert außerdem die Grundlage für gesunde Nahrung aus der Region. Biologisch bewirtschaftete Flächen, d.h. solche, die ohne Mineraldünger und Pestizide bearbeitet werden, leisten einen wichtigen Beitrag zur Vernetzung von Biotopen und zum Erhalt der Artenvielfalt. Bergisch Pur ist mittlerweile zu einem bekannten „Label“ für regionale Produkte der Bergischen Kulturlandschaft geworden. Gleichzeitig stärken regionale Vermarktungssysteme nachweislich die heimische Landwirtschaft – das sollten wir weiter fördern und ausbauen. Auf diese Weise schaffen wir auch Absatzmärkte für Produkte aus der biologischen Landwirtschaft. Wie gut bergische biologische Produkte angenommen werden zeigt sich nicht zuletzt bei den jährlichen Obstwiesenfesten und dem erfolgreichen Verkauf des so entstandenen Apfelsaftes.

Bergisch pur verzichtet ebenso wie alle biologischen Anbaumethoden auf den Einsatz gentechnisch veränderter Substanzen. Das unterstützen wir ausdrücklich und wollen dies auch für die Stadt festschreiben.

Ein Kulturlandschaftsprogramm für Solingen sollte – nicht zuletzt auch zum Nutzen aller Menschen, die in der Landschaft Ruhe, Erholung oder die Möglichkeit zum Sport in der Natur suchen – unseren Landwirten ein zusätzliches Einkommen für die Pflege der Landschaft ermöglichen. Damit ist gewährleistet, dass alle Grünflächen in und um Solingen fachmännisch gepflegt werden. Dieser Prozess könnte durch die Verpachtung städtischer Flächen mit der Auflage, sie ökologisch zu bewirtschaften, unterstützt werden.

Natürlich fordern wir den Stopp der Nutzung wertvoller landwirtschaftlicher Böden für Wohnbebauung, Gewerbegebiete und Straßenbau. Angesichts der großen innerstädtischen Brachen sowie der Menge bereits ausgewiesener Gewerbeflächen - und nicht zuletzt angesichts des demografischen Wandels und der damit einhergehenden Schrumpfung der Einwohnerzahl in Solingen - ist dies auch gar nicht mehr nötig.

## **Abfallpolitik: Eckpunkte einer grünen Wertstoffordnung für Solingen**

Abfallpolitik muss im wesentlichen Ressourcenpolitik sein. In der Solinger Bevölkerung ist das Getrenntsammeln von Abfällen selbstverständlich geworden und weist einen hohen Grad an Sortenreinheit auf. Dort, wo das noch nicht der Fall ist, soll weiter aufgeklärt und angeleitet werden. Die Wiederverwertung von Papier ist ressourcenschonend und hat sich sogar wirtschaftlich rentiert.

Anders stellt sich die Situation bei den Wertstoffen der gelben Tonne dar. Hochwertige Wiederverwertung als Rohstoff scheidet wegen der Vielfalt der Kunststoffe meist aus, die nicht sortenrein rück zu gewinnen sind. Ein „Downcycling“, das heißt die Herstellung minderwertigerer Produkte, ist zur Zeit der übliche Kompromiss. Hier kann nur über Anreize zur Abfallvermeidung eine ökologisch befriedigende Situation erreicht werden. In Solingen laufen dazu über die enge Zusammenarbeit der Entsorgungsbetriebe mit der Verbraucherberatung vielfältige Aufklärungsaktionen, die unbedingt weitergeführt werden müssen. Solange die Entsorgung in öffentlicher Hand bleibt, kann diese Zielrichtung weiterverfolgt werden – private Entsorger haben daran wenig Interesse. Daher wird sich Bündnis 90 /Die Grünen allen Ansinnen insbesondere der FDP auf Landesebene widersetzen, die Entsorgungsbranche weiter zu deregulieren oder sogar die Wettbewerbs-Bedingungen für kommunale Betriebe zu erschweren.

Die Abfallverbrennung ist in Solingen auf den Müll reduziert, der in der grauen Restmülltonne landet. Hier können noch weitere Anstrengungen unternommen werden, die feuchten Anteile durch Aussortieren von Gemüseabfällen zu vermindern. Bismal stößt die flächendeckende Einführung der Biotonne noch auf Widerstand der Mehrheitsfraktionen, obwohl es in Nachbarstädten positive Beispiele dafür gibt. Da die Verwertung als Kompost im Unterschied zur sehr erfolgreichen Grünschnittsammlung wegen der häufig auftretenden Verunreinigungen mit unverrottbarem Material schwierig ist, böte sich eine Verwendung in Biogasanlagen an, die nicht zwingend in Solingen vorhanden sein müsste.

## **Mobilität**

### **– gemeinsam statt einsam –**

Wir brauchen eine andere Verkehrspolitik, um die Auswirkungen der Klimakatastrophe zu reduzieren: Während in Deutschland in allen anderen Bereichen die CO<sub>2</sub>-Emissionen leicht sinken, wachsen die Emissionen aus dem Verkehrsbereich kontinuierlich. Eine wesentliche Ursache dafür liegt im ungebremsten Ausbau der Verkehrswege für den PKW- und LKW-Verkehr bei gleichzeitiger Verschlechterung des Bus- und Bahnangebotes. Bündnis 90/Die Grünen wollen den Verkehrsanteil des Bus- und Bahnverkehrs und des Rad und Fußverkehrs steigern.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Wohn- und Gewerbegebiete in Solingen mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu allen Tageszeiten erreichbar werden. Deshalb wollen wir die Verbesserung der Busbedienung in den Nebenverkehrs und Schwachlastzeiten und in den heute nicht versorgten Wohngebieten. Stattdessen wurde im letzten Herbst eine drastische Verschlechterung des Spät- und Nachtbusangebotes umgesetzt; die Reduzierung des Angebotes um weitere 500.000 Euro jährlich soll mit dem nächsten Nahverkehrsplan beschlossen werden. Wir werden gemeinsam mit den SolingerInnen darum kämpfen, dass es nicht zu dieser weiteren Reduzierung kommt.

Wir wollen, dass die NahverkehrsnutzerInnen endlich auch in Solingen eine Stimme bekommen. Deshalb fordern wir, dass auch hier – wie in zahlreichen anderen Städten – ein Fahrgastbeirat eingerichtet wird. Wir wollen, dass die Meinungen der NutzerInnen der Busse und Bahnen u.a. bei der im kommenden Jahr stattfindenden Neuaufstellung des Nahverkehrsplanes mit Fragebögen in den Bussen und in öffentlichen Versammlungen eingeholt werden. Wir fordern seit langem die Einführung eines Sozial-Tickets für finanziell schwache SolingerInnen, damit diese nicht vom sozialen und kulturellen Leben ausgeschlossen bleiben. Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass das Car-Sharing bei der Stadtverwaltung ausgebaut wird.

Bündnis 90/Die Grünen haben sich intensiv und erfolgreich für die Einrichtung der zwei neuen Bahnhaltepunkte Grünewald und Mitte eingesetzt. Jetzt muss die Verknüpfung der Bahn mit den Solinger Buslinien verbessert werden, statt die Busanbindung der Bahnhöfe weiter zu verschlechtern. Es sollte endlich eine Mobilitätszentrale der Stadtwerke eingerichtet werden; an den Bahnhöfen müssen ausreichende Parkplätze für Fahrräder und PKWs zur Verfügung gestellt werden. Wir fordern von der Bahn, den Abbau von Zügen im IC-Bereich rückgängig zu machen. Die Durchbindung der S7 von Düsseldorf über Ohligs nach Remscheid und Wuppertal bleibt weiter ein wichtiges Ziel.

Die Zahl der verunglückten Kinder in Solingen liegt erschreckend hoch, hier fordern wir eine kritische Analyse und eine konsequente Ursachenbekämpfung. Wir wollen, dass die Interessen von FußgängerInnen in Solingen eine stärkere Rolle spielen. Das Fußwegenetz sollte ausgebaut, Wohngebiete soweit wie möglich verkehrsberuhigt werden. Das Straßenbild sollte an vielen Stellen mit Bäumen aufgewertet werden. Auch in Solingen sollten wieder Zebrastreifen eingerichtet werden. Die Wartezeiten an Fußgängerampeln sollten überprüft werden, sie sind z.T. unzumutbar lang.

Bis heute kann in Solingen kaum von einem Radwegenetz gesprochen werden. Selbst das überregionale Radverkehrsnetz NRW weist in Solingen wesentliche Lücken auf. Einziger Lichtblick ist die Umgestaltung der Korkenzieherbahn, für die wir uns schon intensiv eingesetzt haben, als andere Parteien, die sich heute gerne dafür feiern lassen, dies als typische grüne Spinnerei abtaten. Wir wollen ein durchgängiges attraktives Radverkehrsnetz, das alle Wohn- und Gewerbegebiete sowie die Zentren erreicht. Wir fordern, eine Beauftragte für die Förderung des Radverkehrs zu benennen.

Wir protestieren gemeinsam mit dem breiten Bürgerwiderstand gegen den Bau neuer Bundes- und Landstraßen wie der L 405/B 229n (Viehbachtalstraße) in Aufderhöhe und zwischen dem Frankfurter Damm und der Schlagbaumer Straße. Wertvolle Naherholungsräume, große Wohngebiete und das städtische Krankenhaus würden durch diese Planung massiv verlärm und beeinträchtigt. Mit dem Bau weiterer Teilstücke dieser Straßenbaupläne erhöht sich die Belastung durch Durchgangs- und Schwerlastverkehr und damit die Lärmbelastung und die Luftverschmutzung in Solingen. Wir haben erfolgreich gegen die Planung der Westtangente, für die u.a. 120 Wohnungen abgebrochen werden sollten, gekämpft und lehnen auch eine „Westtangente Light“ ab, mit der große Wohngebiete zerschnitten und verlärm würden und für die die Stadt Solingen Millionenbeträge aufbringen müsste. Wir

halten es ebenso für nicht verantwortlich, an der Planung der L 403 durch die Verlach nahe dem Naturschutzgebiet Ohligser Heide festzuhalten.

Bündnis 90/Die Grünen fordern, dass die Stadt sich endlich von den mehrere Zigmillionen teuren Planungen von Straßenbau- Großprojekten in Solingen verabschiedet und mit den Bürgerinnen in einen Dialog über die Verbesserung des Bus-, Bahn, Rad- und Fußwegnetzes einzutreten. Dazu zählt auch eine angemessene Unterhaltung der vernachlässigten vorhandenen Brücken und Straßen.

## **Integrierte Stadtentwicklung**

### **Die Stadt lebt durch starke Stadtteile**

Der demografische Wandel erfordert kurze Wege und wohnortnahe Versorgungsmöglichkeiten in einem barrierefreien Wohnumfeld. Deshalb wollen wir

- die Stadtteilzentren stärken und benachteiligte Stadtteile fördern
- keine neuen Supermärkte außerhalb der Zentren
- Stadtbrachen und Baulücken statt wertvoller Flächen im Außenbereich bebauen
- bezahlbaren Wohnraum in allen Stadtteilen sicherstellen
- den Denkmalschutz wiederbeleben.

Eine Kommunalpolitik von Unten, aus den Stadtteilen heraus, ist nicht nur ein historisch gewachsenes Bedürfnis, sondern auch als dezentrale Politik gegenüber zentralistischer Gleichmacherei und Übervorteilung der Unterzentren ein Gebot der Demokratie. Entgegen dem von der CDU in Auftrag gegebenen Leitbild der Stadt, wonach Solingen in und durch seine Stadtteile lebt, verkündigte die Große Koalition die Spar-Leitlinie der Überwindung des Stadtteildenkens. Seitdem wird an dem für das Überleben der Stadtteile wichtigen Mix von kulturellen- und öffentlichen Dienstleistungs-Infrastrukturen die Axt angelegt. Die Infragestellung des Walder Stadtsaals und der Ohligser Festhalle sind exemplarische Beispiele für diese stadtteilfeindliche Politik.

Die Grünen treten dafür ein, dass zunehmend Aufgaben und Mittel des gesamtstädtischen Haushaltes an die bürgernäheren Bezirksvertretungen übertragen werden. Die spärlichen „freien“ Mittel der Bezirksvertretungen müssen auf Kosten der „Großstadt“ erhöht werden und dürfen nicht länger als Notstopfen für nicht erfüllte Pflichtaufgaben der Stadt herhalten.

Im Haushaltsplan der Stadt soll eine Übersicht erstellt werden, die Investitionen, Einnahmen und Ausgaben, sowie Einsparungen gegliedert nach den Bezirksvertretungen verdeutlicht.

Die BezirksvorsteherInnen werden vom „Katzentisch“ am Rande der Ratssitzung demonstrativ in die erste Reihe der Verwaltungsrepräsentation befördert.

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich dafür ein, dass für alle BewohnerInnen unserer Stadt eine wohnortnahe Nahversorgung zur Verfügung steht. Wir wollen eine Stadt

der kurzen Wege. Dafür wollen wir neben der Innenstadt auch die kleineren Stadtteilzentren stärken. Zur Stärkung der Stadtteilzentren ist eine konsequentere Vermeidung von abseits gelegenen Discountern und Einkaufszentren notwendig, denn das Geld kann nur einmal ausgegeben werden. Bei Neubausiedlungen fordern wir die Ausweisung neuer Quartierszentren. Zur Stadt der kurzen Wege gehört auch die Förderung von Nutzungsmischung: das Nebeneinander von Wohnen und dazu passendem Gewerbe hilft, unnötigen Verkehr zu vermeiden und die Nachbarschaften zu stärken. In Quartieren, in denen überhaupt keine Nahversorgungseinrichtungen mehr existieren, unterstützen wir die Verknüpfung von Beschäftigungsförderungsmaßnahmen mit der Sicherstellung der Nahversorgung.

Mit dem demografischen Wandel wird auch die Solinger Bevölkerung im Durchschnitt älter, wir werden weniger, es werden mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte hier leben und aufgrund zunehmender gebrochener Erwerbsbiografien werden auch mehr Menschen ärmer sein. Die Auswirkungen auf Planung und Umwelt müssen endlich zum Thema gemacht werden. Für die Stadtentwicklung bedeutet dies u. a.: Wir brauchen dezentrale Versorgungs- und Pflegestrukturen, die es ermöglichen, dass ältere Menschen in ihren Stadtteilen bleiben können, wir brauchen genügend barrierefreie Wohnungen, ein barrierefreies Wohnumfeld und die Entwicklung von Hol- und Bringdiensten. Wir brauchen Projekte in denen die Generationen stärker zusammenkommen können. Wir brauchen eine Kultur der Begegnung aller Altersgruppen und aller sozialen Schichten im öffentlichen Raum, dafür müssen die Spiel- und Bewegungsflächen um- und ausgebaut werden. Die zukünftige Schrumpfung der Einwohnerzahl macht es noch notwendiger, im Außenbereich der Stadt keine weiteren Bebauungsmöglichkeiten zuzulassen, da die Infrastrukturkosten auf einer größeren Siedlungsfläche mit weniger Menschen deutlich teurer werden. Die Integration und Unterstützung des wachsenden Anteils von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ist eine wesentliche Zukunftsaufgabe, diese müssen stärker an den Stadtentwicklungsprozessen beteiligt werden. Die Bedeutung eines gut funktionierenden öffentlichen Nahverkehrs, ansprechender öffentlicher Grün- und Freiräume und preiswerter Bildungs- und Kulturangebote nimmt für den wachsenden Anteil von ärmeren Menschen zu.

Es wird künftig noch wichtiger, das Auseinanderdriften der Gesellschaft auch mit den Mitteln der Stadtentwicklung zu vermeiden. So sollte bei der Planung von Neubebauungen und bei der Frage, welche öffentlichen Einrichtungen erhalten bleiben bzw. neu geschaffen werden, stärker darauf geachtet werden, dass nicht einzelne Stadtviertel oder Quartiere abgehängt werden. Benachteiligte Stadtteile sollten stärker gefördert werden, dazu wollen wir Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes, Programme zur Arbeitsförderung und einen Ausbau des Quartiersmanagements. Finanziell Schwache Menschen dürfen nicht in spezielle Quartiere abgedrängt werden. In den nächsten Jahren wird die Anzahl der Sozialwohnungen drastisch sinken. Wir brauchen eine langfristige Sicherung des Bestandes von Sozialwohnungen. Dieser sollte jedoch nicht wie in der Vergangenheit in der Regel auf wenige Stadtteile beschränkt sein. Statt dessen sollte in allen Stadtteilen ein bedarfsgerechtes Angebot an Sozialwohnungen geschaffen werden.

Die Planung von neuen Baugebieten in Solingen muss sich endlich den Erfordernissen einer modernen umweltgerechten Entwicklung öffnen. Wir brauchen Modell-Baugebiete, in denen Passivhaus- und Niedrigenergiestandards fest geschrieben

sind, wir brauchen die Förderung von Dachbegrünung und die Erprobung autofreier Siedlungen.

Wir setzen uns dafür ein, dass künftig der Ansatz des „Gender Mainstraming“ in der Stadtentwicklungsplanung berücksichtigt wird. Damit ist gemeint, dass die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen und die unterschiedlichen Auswirkungen von planerischen Maßnahmen für Männer und Frauen aufgezeigt und stärker als bisher berücksichtigt werden. So ergeben sich zum Beispiel noch immer unterschiedliche Gewichtungen bei der Übernahme von Familienarbeit, Versorgungsarbeit, Pflege von Angehörigen, in Einkommensschichten aber auch in unterschiedlicher Betroffenheit von Gewalt. Durch die stärkere Berücksichtigung der vielfältigen Nutzungsinteressen, z.B. bezogen auf den öffentlichen Raum und die Verkehrsmittelwahl, ergibt sich eine Verbesserung der Gebrauchsfähigkeit und der Alltagstauglichkeit städtischer Räume, die allen zugute kommt.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Denkmalschutz endlich wieder aus der Position des Stiefkindes herausgeholt wird. Statt Denkmäler bedenkenlos verfallen zu lassen oder ihren Abbruch zu planen sollte die Aufgabe, den Denkmalschutz zu fördern und neue Denkmalbereiche in den Stadtbild prägenden historischen Quartieren zu schaffen endlich ernst genommen werden. Wir setzen uns für den Erhalt der regionaltypischen Bebauung ein und unterstützen eine Gestaltungssatzung für historische Fachwerk- Hofschaften.

## **Soziales/Wohnen/Gesundheit**

### **Ohne soziale Gerechtigkeit geht gar nichts**

Armut in einem reichen Land ist nicht hinnehmbar - eine sozialere Politik ist möglich. Das haben wir – wie keine andere Partei oder Fraktion – in den letzten acht Jahren bewiesen, zum Beispiel bei unserer grundsätzlichen Ablehnung von Hartz IV auch gegen die eigene Bundespolitik. Eine sozialere Politik ist möglich und finanzierbar, wenn die Schwerpunkte der Politik anders gesetzt würden. Ein Gemeinwesen das sich mit Armut abfindet aber nicht mit relativ geringen Störungen beim ungehinderten Zugang zu allen möglichen Autobahnanschlüssen, verliert seinen Zusammenhalt. Eine Kommune die immer mehr Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge privatisiert gibt die Instrumente aus der Hand, um aus eigener Kraft gerade die sozialen Probleme dieser Stadt zu lösen.

Deshalb wollen wir

- die Hartz IV-Behörde mit mehr kommunaler Verantwortung zu einem bürgernahen und transparenten Dienstleistungsbetrieb umgestalten, der fördert statt sanktioniert
- die Aufwertung der Begleitkonferenz der ARGE und Herstellung der Öffentlichkeit in diesem Alibigremium, ohne Kompetenzen.
- einen gleichwertigen Ersatz für die von CDU und FDP abgeschaffte unabhängige Sozialberatung des Arbeitslosenzentrums SALZ
- einen „Dritten Arbeitsmarkt“ mit längerfristigen und nachhaltigen Projekten für Langzeitarbeitslose, die von den konventionellen Maßnahmen und Angeboten der ARGE nicht erreicht werden

- die, auf unsere Initiative hin längst im Rat beschlossenen, aber von der Großen Koalition nicht umgesetzten, Runde Tische zu den Themen „Jugendarbeitslosigkeit“ und „Langzeitarbeitslosigkeit“ endlich einrichten, in dem sich alle mit diesem Thema befassten Akteure aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft und den Trägern der Beschäftigungspolitik, gemeinsam mit Betroffenen vernetzen.
  - die kommunalen Träger der Beschäftigungsförderung stärken und örtliche Strukturen bewahren, statt mit überregionalen Dumpingangebietern gegen diese zu konkurrieren
- die Leistungen für Unterkunft und Heizung an die Teuerung anpassen und es auch HilfeempfängerInnen ermöglichen, in energetisch sanierten Wohnungen zu leben
- soziale Teilhabe sicherstellen, indem die soziale Staffelung von Abgaben und Beiträgen erhalten und – wo möglich – ausgeweitet wird
  - eine qualifiziertere Fortschreibung des von uns durchgesetzten Armutsberichtes, begleitet durch eine Expertenkommission und einen runden Tisch unter Einbeziehung der Betroffenen. Erweiterung zu einem Armuts- und Reichtumsbericht. Regelmäßige Beschlusskontrolle von Maßnahmen zur Überwindung der im Bericht aufgezeigten Probleme.
- die Schuldner-, Pflege-, Gesundheits-, Wohn- und Erziehungsberatung ausbauen
- die Gleichstellung für Menschen mit Behinderungen verwirklichen
- die Hilfe für Sucht- und psychisch Kranke und deren Angehörige verstärken
- kostenlose Bildungs- und Kulturangebote, sowie eine Attraktivierung und quantitative Ausweitung des Solingen-Passes für SolingerInnen mit unzureichenden Einkommen für den Sport- und Freizeitbereich

## **Selbst bestimmt leben auch im Alter**

Deshalb wollen wir

- selbst bestimmtes Wohnen mit Versorgungssicherheit im Alter
- dezentrale, kleine Alten-Wohngemeinschaften als Alternative zur Heimunterbringung.
- Pflegestützpunkte in allen fünf Bezirksvertretungen, in denen die Stadt Verantwortung übernimmt
- den Erhalt und die Verbesserung des qualitativ hohen Pflegestandards der städtischen Seniorenheime; die Modernisierung muss entsprechend der Herausforderungen an eine immer älter werdende Gesellschaft erfolgen. Statt zu Privatisieren muss den städtischen Altenheimen die Möglichkeit eingeräumt werden ihre Kompetenz auch in anderen Bereichen von Pflege und Wohnen im Alter, zum Beispiel im ambulanten Bereich, zu verwirklichen.
- ehrenamtliche Arbeit älterer Menschen unterstützen
- eine unabhängige Beschwerdestelle im Pflegebereich
- die Begegnung von Jung und Alt unterstützen.

## **Andersherum ist nicht verkehrt**

Die Rechte von Homosexuellen sind eine Frage der Menschenrechte. Grüne stehen seit je her gegen Ausgrenzung von Minderheiten, Andersdenkenden und -lebenden. Gerade anders denkende und lebende Menschen bereichern unsere Stadtkultur. Ohne Toleranz keine Kreativität.

### **Deshalb wollen wir**

- ein Umfeld schaffen, in dem Lesben und Schwule offen, selbstbewusst und gleichberechtigt ohne Angst leben können
- eine Coming-Out-Beratung für homosexuelle Menschen einrichten
- Diskriminierung und Gewalt gegenüber Homosexuellen ächten und das Antidiskriminierungsgesetz in Politik und Verwaltung konsequent umsetzen.

## **Nicht die Drogensüchtigen bekämpfen sondern die Ursachen der Drogensucht**

In ihrem letzten Kommunalwahlprogramm forderte die CDU noch ein drogenfreies Solingen. Jede und jeder weiß, dass eine drogenfreie Gesellschaft eine Illusion ist und selbst mit der aller größten Repression nicht zu erreichen ist. Es sei denn, dass eine repressive Gesellschaft gewollt ist. Selbst in den Reihen der Konservativen und Etablierten sind viele Repräsentanten nicht frei von Drogenmissbrauch, vor allem was die legalen Drogen wie Alkohol und Medikamente betrifft. Deshalb fordern wir:

- mehr Unterstützung für die Jugend- und Drogenberatung, sowie die Clearingstelle,
- chronisch von Opiaten abhängigen Menschen, die Teilnahme an Programmen der kontrollierten Originalstoffabgabe zu ermöglichen (siehe erfolgreiche Modellversuche),
- eine liberale Sicherheitspolitik und eine „Straßenordnung“, die mehr auf Prävention und aufsuchende Sozialarbeit setzt, als auf staatliche und ordnungspolitische Strafe und Repression,
- keine weitere Privatisierung von öffentlichen Straßen und Plätzen,
- keine Überwachung von öffentlichen Räumen durch Videokameras,
- Einrichtung einer unabhängigen Ombudsfrau/mann-Stelle für Beschwerden über Fehlverhalten von Behörden und anderen staatlichen Organen.

## Migration

### **Vielfalt statt Einfach**

Wir wollen die gleichberechtigte Teilhabe von MigrantInnen an Arbeit und Ökonomie. Deshalb setzen wir uns ein für

- den Einsatz der Stadt für die Aufhebung der Vorrangigkeit von Deutschen und EU-Ausländern bei der Erteilung von Arbeitsgenehmigungen, um so endlich Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen,
- die Beendigung der Benachteiligung von MigrantInnen bei höherwertigen Qualifizierungsmaßnahmen,
- die Förderung von MigrantInnen-Unternehmen.

Wir wollen die Integration von MigrantInnen in Bildung und Kultur. Deshalb setzen wir uns ein für

- kostenlose Sprachkurse,
- eine Verstärkung der Fördergelder für Sprachkurse,
- Angebote für Sprachkurse für alle Altersgruppen,
- die Unterstützung der Forderungen nach einem Interkulturellen Zentrum und einem Internationalen Frauenzentrum,
- die Förderung des kulturellen Austausches,
- die Berücksichtigung von unterschiedlichen Essgewohnheiten bei öffentlichen Veranstaltungen,
- mehr Respekt, Akzeptanz, Toleranz und Freiheit der Religionsausübung von Migrantinnen,
- die Stärkung von interkulturellen Angeboten in den Kultureinrichtungen, im Theater und bei Konzerten,
- Kindergarten-, Schulbesuche und Sprachkurse für Menschen ohne „Papiere“,
- die Verbesserung der Qualität der Kurse „Deutsch für Ausländer“ und eine bessere didaktische Weiterbildung der Lehrenden.

Wir wollen die interkulturelle Öffnung des Gesundheitssystems und die Verbesserung der Wohnsituation von MigrantInnen. Deshalb setzen wir uns ein für

- eine verbesserte zielgruppenspezifische Informationen über Gesundheit und Pflege,
- eine Konzeptentwicklung für die Pflege und die Verbesserung der Wohnbedingungen für MigrantInnen im Alter,
- die volle medizinische Versorgung auch für die Geduldeten,
- die gesundheitliche Versorgung für Menschen ohne „Papiere“ und Krankenversicherung,
- die Auflösung aller Übergangsheime und Notunterkünfte.

Wir wollen die soziale Teilhabe von MigrantInnen. Deshalb setzen wir uns ein für

- die Aufhebung von Diskriminierungen von Nicht- und Andersgläubigen,
- die Erhaltung von Angeboten, die weltanschaulich neutral sind,
- die Einrichtung von aufsuchender Jugendarbeit/Streetwork für Jugendliche mit Migrationshintergrund,
- die Vermeidung sozialer Segregation, u.a. durch preisgünstige Mietwohnungs- und Sozialwohnungsangebote in allen Stadtteilen.

Wir wollen die Stärkung der Selbstorganisation von MigrantInnen. Deshalb setzen wir uns ein für

- die Ausweitung der Rechte und Zuständigkeiten des Integrationsrates,
- die Förderung der Arbeit der von den Ausländern direkt gewählten Mitgliedern des Integrationsrates,
- die Erhaltung von eigenen Räumen für die direkt gewählten Mitglieder des Integrationsrates zur Verbesserung der Vernetzung der MigrantInnen,
- selbst bestimmte Räume für Kommunikation und kulturelle wie interkultureller Aktivitäten aller Migrantengruppen.

Wir wollen, dass MigrantInnen selbstverständlich in die Stadtverwaltung integriert werden. Deshalb setzen wir uns ein für

- die Interkulturelle Öffnung und Bildung der Verwaltung in allen Bereichen,
- mehr Ausbildungsplätze für MigrantInnen,
- die Berücksichtigung der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in der Stadtverwaltung – auch in Leitungspositionen – entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil,
- die Anerkennung von Mehrsprachigkeit als Qualitätsmerkmal bei Einstellungen in der Verwaltung.

## **Schule/Bildung**

### **Bildung ist Zukunft**

Nur die optimale Förderung aller Kinder und Jugendlichen schafft die Grundlagen für eine gute Zukunft. Dafür brauchen wir starke und gerechte Schulen, die die Individualität und Vielfalt der Menschen als Grundlage ihrer Arbeit begreifen. Unser Ziel ist eine gemeinsame Schule für alle Kinder. Auf dem Weg dahin wollen wir

- weitere Gesamtschulen gründen, um den Bedarf endlich zu decken
- Ganztagschulen in allen Schulformen nach Bedarf
- ein kostenloses gesundes Mittagessen für alle bedürftigen Kinder
- mehr Differenzierungs- und Fachräume, Mensen, Sozialräume und (Lehr)Küchen
- den Gemeinsamen Unterricht in allen Schulformen mit hohen Qualitätsstandards
- die räumliche Situation in den Förderschulen verbessern
- Schulgelände als Spiellandschaften, Erholungs- und Bewegungsräume gestalten
- bessere Möglichkeiten zum Nachholen von Schulabschlüssen
- Mittel für soziale und kulturelle Projekte sowie gegen (rechte) Gewalt
- verstärkte Kooperationen der Schulen mit KITAS und Jugendhilfe.

Auf dem Weg in die Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts wird die Bundesrepublik verstärkt auf Bildung setzen müssen. Als ressourcenarmes Land sind Wissen und Bildung der hier lebenden Menschen die Grundvoraussetzung dafür, dass unser Land – auch ökonomisch – zukunftsfähig wird. Dabei können wir es uns nicht mehr leisten, Bildungsverlierer zu produzieren. Wenn fast die Hälfte aller Haupt- und FörderschülerInnen keinen Abschluss erreichen, wenn HauptschullehrerInnen froh sind, wenn 10% ihrer SchulabgängerInnen einen Ausbildungsplatz finden, dann ist das ein Skandal. Wenn alle Studien immer wieder bestätigen, dass unser viergliedriges Bildungssystem die sozialen familiären Hintergründe nicht auszugleichen vermag, erst recht nicht die Probleme der Kinderarmut; dass – im Gegenteil – unser Bildungssystem den Kindern aus bildungsfernen und armen Familien kaum eine Chance zum Aufstieg bietet, dann ist das nicht nur zutiefst ungerecht. Dann ist das auch ökonomisches Harakiri. Schon heute klagt die Wirtschaft über Fachkräftemangel, schon heute stehen wir mit der Anzahl von AbiturientInnen und StudienabsolventInnen im internationalen Vergleich schlecht da. Das wollen, das müssen wir ändern.

Wir Grüne setzen uns für eine Schule ein, die Kinder in all ihren Talenten und Potentialen bestmöglich fördert. Wir wollen kein Kind zurücklassen! Wir wollen Bildungskarrieren vermeiden, die Kinder – kaum dass sie zählen gelernt haben – bereits in die zwei Schubladen Bildungsverlierer – Bildungsgewinner steckt. Wir wollen verhindern, dass Kinder im Alter von nur 9 oder 10 Jahren vermittelt bekommen, Du bist gescheitert, du bist zu dumm für unser Bildungssystem, dich nehmen wir nicht mehr mit!

Dafür müssen wir ganz früh anfangen. Der Bericht der Enquete-Kommission „Chancen der Kinder“ des Landtags NRW ([www.gruene.landtag.nrw.de](http://www.gruene.landtag.nrw.de)) macht neben vielen anderen Punkten eines überdeutlich: kaum etwas ist so wichtig und von so großer Bedeutung für Bildungskarrieren wie die frühkindliche Förderung. Das setzt im Kindergarten an (siehe Jugendbereich im Kommunalwahlprogramm) und muss nahtlos in den Grundschulen fortgeführt werden.

Deswegen wollen wir in den Grundschulen die Voraussetzungen schaffen, um individuelle Förderung zu ermöglichen: maximale Klassenstärke 25 Kindern, die alle (nach einem stufenweisen Ausbau) in Ganztagschulen unterrichtet werden. Nicht in Form von Unterricht von 8 bis 16 Uhr. In unserer Ganztagschule findet neben der Wissensvermittlung auch die Wissenserprobung statt. Hier wird den Kindern mit unterschiedlichsten, dem Profil der einzelnen Schule entsprechenden Angeboten Spiel und Bewegung ermöglicht, musische Erziehung gehört genauso dazu wie sportliche, technische, naturwissenschaftliche und kreative Angebote, aber auch Ruhephasen. Unsere Grundschulen sind im Bezirk verankert, hier finden sich Eltern und außerschulisches Fachpersonal ebenso wieder wie EhrenamtlerInnen, die sich in den unterschiedlichen Angeboten für die Kinder engagieren.

Der Mensch ist ein „Gemeinschaftstier“ – er entwickelt seine höchsten Fähigkeiten in der Gemeinschaft. Wir wollen, dass alle Kinder gemeinsam unterrichtet werden – das Aussortieren in Förderschulen ist falsch.

Wir wollen die Schule zu einem Ort des Lernens und Lebens entwickeln, der die Menschen der unterschiedlichen Generationen zusammenbringt, der den Kindern Freiräume schafft zur persönlichen individuellen Entfaltung, der sie aber auch einbindet in eine Geborgenheit schaffende Gemeinschaft. Schule ist nicht nur Wissensvermittlung. Die Komplexität der Lebenswelten bringt es mit sich, dass die

Anforderungen an Kinder, Jugendliche und letztendlich auch Erwachsene vielfältig und oft schwer umzusetzen sind. Soziale Kompetenzen, Lernkompetenzen, nicht abfragbares Wissen, die Stärkung von Persönlichkeit und der Fähigkeit eigenständig zu denken – das sind die Bildungs-Herausforderungen, die Grundschule erfüllen muss.

Dazu ist es aber unverzichtbar, dass die schulische Infrastruktur das Haus des Lernens und Lebens ermöglicht. Es kann nicht angehen, dass SchülerInnen in Fluren unterrichtet werden, weil Räumlichkeiten fehlen, obwohl bereits sämtliche Fachräume und sogar das Lehrerzimmer zu Klassenräumen umfunktioniert wurden. Wenn wir uns darüber beklagen, dass Kinder und Jugendliche ihr halbes Leben vor dem Fernseher oder dem Computer verbringen, dann müssen wir auch die Infrastruktur für eine alternative Freizeitgestaltung schaffen. Deswegen müssen endlich alle Schulen ihre Turnhalle erhalten! Um einen differenzierten, an den Lernbedürfnissen der Kinder orientierten Unterricht zu gestalten, muss es möglich sein, in kleineren Arbeitsgruppen ungestört Lerninhalte zu vertiefen. Auch das muss durch ein entsprechendes Raumprogramm sicher gestellt werden.

Wir Grüne stehen für ein Schulsystem, dass alle Kinder gemeinsam unterrichtet. Wir möchten die eine Schule für alle. Die Aufteilung der Kinder nach der vierten Klasse ist viel zu früh, niemand kann in diesem Alter voraussehen, wie sich ein Kind entwickeln wird. Viel zu früh werden damit Lern- und Lebenschancen verworfen und Talente verschleudert. Deswegen unterstützen wir alle Initiativen die darauf abzielen, Bildungsgänge zusammenzuführen und das längere gemeinsame Lernen aller Kinder zu ermöglichen. Unsere Vision ist eine gemeinsame Schule aller Kinder bis zum Ende der Pflichtschulzeit, an die sich eine gymnasiale und ein berufsbildende Oberstufe anschließen.

Der demografische Wandel wird möglicherweise dazu führen, dass einzelne Schulen unter die für die Aufrechterhaltung der Schule notwendige Schülerzahlen fällt. Eine Aufgabe von Schulgebäuden ist jedoch angesichts des heute vor allem in Grund- und Förderschulen herrschenden Raummangels unsinnig. Wir Grüne unterstützen die Schaffung von Schulverbänden, die auch unter veränderten Rahmenbedingungen ein dezentrales Schulangebot mit allen Schulformen garantiert.

Die Schule der Zukunft wird ein Ort des Lernens und Lebens. Daran führt kein Weg vorbei, nur damit kann unser Land, kann unsere Stadt zukunftsfähig werden. Je eher wir mit den Reformen beginnen, desto größer wird der Standortvorteil für eine familienfreundliche Stadt Solingen.

## **Kinder / Jugend**

### **Wer früh spielend lernt, hat bessere Chancen**

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf ein Umfeld, das ihnen die bestmögliche (Aus)Bildung gibt. Deswegen halten wir Sparvorschläge im Kinder- und Jugendbereich für falsch.

Die Enquete-Kommission des Landtags NRW zum Thema „Chancen der Kinder“ hat in über 120 Handlungsempfehlung vor allem eines immer wieder betont: die Grundlagen für eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sowie

für erfolgreiche Bildungs- und Berufskarrieren müssen in der frühkindlichen Bildung und Förderung gelegt werden. Diejenigen Jugendlichen, die wir in unserem Bildungssystem verlieren, haben wir nicht etwa erst mit der Pubertät verloren, sondern schon viel früher. Das, was in der frühkindlichen Förderung versäumt wurde, kann unser viergliedriges Schulsystem nachweislich nicht mehr auffangen. Deswegen wollen wir im Kita-Bereich beginnen! Denn auch hier gilt: Prävention ist in jeder Hinsicht preiswerter als die Reparatur von Fehlentwicklungen – und sie schafft tendenziell gleiche Voraussetzungen und Chancen für das spätere Schule- und Ausbildungssystem.

Solingen hinkt mit dem Ausbau der U3-Betreuung hinterher. Noch vor einem Jahr wurde mit der sinkenden Kinderzahl aufgrund des demografischen Wandels argumentiert, um die städtische Kita Altenhofer Straße zu schließen. Unbeschadet der Tatsache, dass mit den gesetzlichen Vorgaben des Bundes (Tagebetreuungsbaugesetz TAG) bereits lange klar war, dass der Ausbau der U3-Betreuung kommen würde, dass also neben dem Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für alle über Dreijährigen nun auch noch Plätze geschaffen werden müssen, um die unter Dreijährigen zu betreuen. Jede geschlossene Einrichtung wird uns beim Ausbau der U3-Betreuung bitter fehlen. CDU und SPD sind unglaublich, wenn sie die Verantwortung für die Schließung von Kita-Einrichtung und –Plätzen leugnen. Sie haben im Haushaltssicherungskonzept hier Kürzungen von hunderttausenden Euro durchgesetzt und geben sich verwundert, wenn der Regierungspräsident auf die selbst gesetzten Einsparziele besteht. Gleichzeitig ist die verlässliche Kinderbetreuung die Grundvoraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Solange nicht gesichert ist, wo das eigene Kind bleibt, wie lange es betreut ist, ob es ordentlich versorgt wird, kann kein Elternteil arbeiten wollen. Deswegen müssen wir, muss auch Solingen, den Ausbau der U3-Betreuung zügig und linear vorantreiben. Linear deswegen, weil die die Koalitionsfraktionen von CDU und SPD in den letzten Jahren immer wieder darauf verwiesen haben, dass die Betreuungsquote des TAG erst im Jahre 2013 erfüllt sein müsste. Wann damit angefangen werden sollte, sei nicht definiert. Wir wollen den Ausbau zügig. Und wir wollen ihn, bis der Bedarf an U3-Betreuung gedeckt ist. Allerdings ist es zwingend notwendig, dass der Ausbauprozess begleitet wird von der Entwicklung von Qualitätsstandards, auch und vor allem für die Tagespflege. Denn die Stadt plant, etwa ein Drittel der Unterdreijährigen durch Tagesmütter betreuen zu lassen. Das setzt voraus, dass die Anforderungen an diese verantwortungsvolle Arbeit standardisiert und durch entsprechende Fortbildungsangebote ergänzt werden. Jede Betreuung – ob in der Kita oder bei der Tagesmutter – muss für die Eltern finanzierbar sein. Tagesmütter die von der Großen Koalition mit Dumpinggehältern von lediglich 3,50 Euro/Std. entlohnt werden sollen sind inakzeptabel.

Es ist ein Unding, die Beträgspflicht bereits bei einem Jahresbruttoeinkommen von 12.500 € beginnen zu lassen, wie jetzt von der großen Koalition durchgesetzt. Wir fordern die Heraufsetzung auf 17.500 €, wie in Remscheid. Es kann doch nicht angehen, dass ALG-II-EmpfängerInnen – deren Kindergeld ja bereits auf die Transferleistung angerechnet wird – auch noch Kita-Beiträge zahlen müssen. Zu einer guten Betreuung gehört aber auch gesundes Essen – für alle Kinder. Diejenigen, die sich die 2,50 € für das tägliche Mittagessen nicht leisten können, müssen es gratis erhalten. Deswegen fordern wir das freie Mittagessen für alle Kinder der untersten Einkommensstufe.

Kinder mit Migrationshintergrund bedürfen einer besonderen Förderung, damit sie die Herausforderungen aus Bilingualität und doppelter kultureller Identität positiv meistern können, die in einer ständig zusammenwachsenden Welt ein großes Plus für die Bildungskarriere darstellen können. Deswegen fordern wir die Ausweitung der bilingualen Angebote auch für Kinder ohne Migrationshintergrund, die Stärkung der Muttersprache durch muttersprachliches Personal und muttersprachliche Angebote in der Kita. Es muss gelingen, dass alle Kinder mit Migrationshintergrund zu Beginn der Schulzeit die deutsche Sprache beherrschen. Dabei darf die Muttersprache aber nicht zu kurz kommen.

Unser Anspruch an eine humane, tolerante Gesellschaft erfordert zwingend die Einrichtung bedarfsdeckender integrativer Betreuungsplätze für Kinder mit Behinderung. Alle profitieren von Gemeinsamkeiten und Unterschieden, sowohl in den sozialen Kompetenzen als auch bei den Lernerfolgen. Es wäre unverantwortlich, behinderten Kindern die frühestmögliche Eingliederung in Kita, Grundschule und weiterführende Schulen weiterhin vorzuenthalten. Das aber bedeutet, dass die räumlichen Voraussetzungen für eine barrierefreie Nutzung dringend geschaffen werden müssen.

Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf braucht es flexible Betreuungszeiten. Das starre System von KiBiz, bei dem die Eltern bereits im Januar die Betreuungsstunden (25, 35 oder 45) für das im August beginnende Kindergartenjahr vertraglich festlegen müssen, geht konsequent an den Bedürfnissen von Eltern vorbei. Das ist untragbar. Gleichzeitig sind Eltern aufgrund der Preisstaffelung (je mehr Stunden, desto teurer) häufig von längeren Betreuungszeiten, die sie eigentlich bräuchten, abgerückt, aus Angst, diese dann nicht finanzieren zu können. Deswegen wollen wir – den kommunalen Ausgestaltungsspielraum nutzend – zumindest ein Rabattsystem einführen, dass die Kosten je Stunde senkt, je mehr Stunden gebucht werden.

## **Jugend(stimmen) für die Zukunft**

Demokratie muss auch für Jugendliche erlebbar sein. Deshalb wollen wir

- ein eigenständiges Jugendbudgets schaffen, welches der Jugendstadtrat verwaltet
- eine Anhörungspflicht und Antragsrecht des Jugendstadtrates im Rat
- eine Freizeit-Card für Kinder und Jugendliche schaffen, die ihnen eine verbilligte Teilhabe an allen Freizeitangeboten der Stadt ermöglicht.

Der Jugendstadtrat ist im elften Jahr seiner Existenz so aktiv, so innovativ und so wichtig für die Stadt wie zu Beginn. Hier können die gewählten Jugendlichen – in langwierigen, oft zähen Verhandlungen – jugendspezifische Anforderungen an die kommunale Politik einfordern und (manchmal) auch durchsetzen. Der Nachtbus, dessen Einrichtung sich die CDU jetzt rühmt, ist eines der Highlights der Arbeit des JSR. Wir wollen ein eigenes Antragsrecht des JSR im Jugendhilfeausschuss und im Rat. Denn nur wer Anträge stellen und mitbestimmen kann, zwingt die Politik zur Diskussion und zur Entscheidung! Wir wollen den JSR stärken, indem wir ihm verbindlich ein eigenes Budget in doppelter Höhe der heutigen Kosten für die Offene Kinder- und Jugendarbeit für Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren zur freien Gestaltung ihrer Freizeitangebote zuweisen. Damit können die Jugendlichen sehr viel freier einen Teil ihrer Arbeit konkretisieren und umsetzen.

Kinder und Jugendliche sind gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Sie haben ein Recht auf „Fläche“, also auf Plätze bzw. Bereiche in Solingen, wo sie ihren spezifischen Freizeitaktivitäten nachgehen können. Diese müssen dezentral liegen und vom ÖPNV gut zu erreichen sein. Sie müssen die Bedürfnisse der unterschiedlichen Altersgruppen entsprechen und sich an ein verändertes Freizeitverhalten (Öffnungszeiten!) anpassen. Deswegen sollte die Offene Kinder- und Jugendarbeit quartiersbezogen organisiert werden, wobei sich die Angebote und die Mittel nach der Anzahl der Jugendlichen verteilt. Allerdings ist über einen gleichmäßigen Sockelbetrag eine Mindestversorgung mit Einrichtungen (wie etwa die Offenen Türen, niedrig schwellige Anlaufstellen für Jugendliche mit besonderen Schwierigkeiten etc.) in allen Stadtteilen und für alle Altersgruppen sicherzustellen. Immer wieder ist festzustellen: wenn der Berg nicht zum Propheten kommt, kommt der Prophet zum Berg. Aufsuchende Kinder- und Jugendarbeit ist extrem wichtig, sie ist das A und O der Präventivarbeit – in Solingen leider sträflich vernachlässigt! Das wollen wir ändern. Wir fordern daher ein Team aus fünf Streetworkern, die in enger Zusammenarbeit mit der Notschlafstelle, der Clearingstelle und der Jugend- und Drogenberatung in die Quartiere gehen.

Mit der Culture-Card für Jugendliche wurde ein attraktives Rabattsystem für kulturelle Aktivitäten geschaffen, das wir ausweiten wollen. Wir schlagen daher vor, mit der Einführung einer Fun-Card die kulturellen Angebote durch sportliche zu ergänzen, um Kindern und Jugendlichen den Besuch von Sporteinrichtungen zu erleichtern. Das ist auch Gesundheitsprävention.

Solingen preist sich als Rock-City Nr. 1 – dieser Ruf wird ruiniert, wenn es nicht gelingt, den Solinger Bands finanzierbare Proberäume zur Verfügung zu stellen. Es hat viele Treffen gegeben, Zusagen des Oberbürgermeisters, das Thema Proberäume zur Chefsache zu machen – allein: nichts geschah. Wir wollen das ändern und uns offensiv auf die Suche begeben. Es gibt genügend Leerstand in alten Fabriken in Solingen, da sollte doch etwas machbar sein!

## Kultur

### **Kultur entscheidet darüber, wie kreativ wir leben**

Kreativität ist eine wichtige Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit einer Stadt. Dafür bedarf es eines dezentralen Kulturangebotes. Deshalb wollen wir

- die Cobra als selbst verwaltetes Zentrum am Standort erhalten und finanziell besser ausstatten
- finanzierbare Proberäume für Solinger Bands bereitstellen
- eine attraktive Stadtbibliothek mit Stadtteilbibliotheken
- die Bergischen Symphoniker erhalten und Kooperationen verstärken
- Theater- und Konzerthaus für Gruppen, Initiativen und Projekte öffnen
- das Museum Baden zum „Zentrum für Verfemte Künste“ ausbauen
- die VHS als Forum für Allgemeinbildung und politische Streitkultur
- die Stadthalle Ohligs und den Stadtsaal Wald als Kulturzentren erhalten
- die vielen dezentralen Museen wie Balkhauser- und Wipperkotten, Waschhaus Weeger Hof, Laurel&Hardy Museum, O-Bus-Museum erhalten.

Kunst und Kultur bestimmen die Strahlkraft einer Stadt. Wenn es dort ein Theater, eine Kunsthalle, ein Orchester, eine Bibliothek und ein (freies, offenes) Kulturzentrum gibt, dann spielen im Umfeld und an den Schulen auch Theatergruppen, hat die örtliche Musikschule Zulauf, eröffnen Galerien oder stellen freie KünstlerInnen-Initiativen aus, finden Lesungen und Konzerte statt und an der Volkshochschule gibt es eine Schreib- oder AutorInnen-Werkstatt.

Und außerdem: es bilden sich kreative Szenen, es gibt entsprechende Cafés, auch gehobene Gastronomie, Clubs und Szenekneipen und so lebt in einer „creative city“ immer auch eine entsprechend kulturell einflussreiche und kreative Avantgarde.

Wir Grüne sind überzeugt davon, dass das kulturelle Angebot in unserer Stadt ganz wesentlich sinn- und identitätsstiftend auf die Bürgerschaft wirkt. Eine Stadt nur aus Häusern ist keine Stadt, in der man gerne lebt, mit der man sich identifiziert. Erst das kulturelle Angebot macht aus einer Stadt einen Lebensraum.

Wie sehr diese Ausführungen auch auf Solingen, die bergische Stadt der Klingen, die Stadt im Strukturwandel, die Stadt mit den großen finanziellen Problemen zutreffen, zeigen die Regionale-Projekte im Südpark. Hier hat sich eine kulturelle Aufbruchstimung entwickelt, die großes kreatives Potential in der Stadt bindet. Mit den Künstlerateliers in den Güterhallen, mit der Ansiedlung der Musikschule im ehemaligen Kieserlinggebäude, dem Produkt- und Designzentrum im ehemaligen Hauptbahnhof und dem Museum Plagiarius ist es dank des Förderprogramms der rot-grünen Landesregierung gelungen, neue Kommunikationsräume zu schaffen, die von Bürgerschaft in erstaunlich intensiver Weise wahrgenommen werden.

Diese Impulse wollen wir aufnehmen. Auch in Zeiten finanzieller Schwierigkeiten werden wir das kulturelle Angebot in Solingen stärken. Dabei werden wir natürlich da, wo möglich, bergische Kooperationen unterstützen. Aber – und das ist mit der Zusammenlegung der Wuppertaler und der Solinger VHS eben nicht gelungen – muss die breite Angebotspalette der unterschiedlichen Einrichtungen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt finanzierbar erhalten bleiben.

Die Rathauskoalition von CDU und SPD hat sich in den letzten fünf Jahren erneut in der „Abwicklung“ der Solinger Stadtkultur versucht. So wurden z.B. die Büchereizweigstellen in Ohligs und Wald geschlossen und der Bücherbus abgeschafft. Immer wieder versuchen CDU und SPD, Stadtteilhallen Ohligs und Wald zu schließen, obwohl sie sehr gut ausgelastet und ein wesentliches Standbein des (inter)kulturellen Stadtteillebens sind. Jetzt droht sogar, wie in anderen Städten ein generelles Neu-Ankauf-Verbot für Bücher und andere Medien.

Die Zusammenlegung der Volkshochschulen zur Bergischen VHS diente einzig und allein der Einsparung: Fakt ist, Personal wurde eingespart, die Entgelte wurden erhöht und das Angebot ausgedünnt. Die in den VHS-Verbund integrierte Solinger Familienbildungsstätte wird zur Zeit – etwa ein Jahr nach Bildung des Verbundes – abgewickelt, der Standort Höhscheid wird versilbert!

Auch die Verweigerung der Stadtspitze das Geburtshaus von Pina Bausch zu erhalten ist ein kulturelles Armutszeugnis für diese Stadt.

Das Museum „Baden“ hat mit der Ausstellung der verfolgten und verfemten Künstler ein neues attraktives Angebot in sein Sortiment integriert. Damit ist es gelungen, das Museum über die Grenzen Solingens bekannt zu machen. Das ist ein Gewinn für

unsere Stadt, den wir gemeinsam mit LVR und Land sowie örtlichen Mäzenen sichern wollen.

Kulturelle Initiativen werden so vor allem von den BürgerInnen und ihren Initiativen selbst getragen und gefördert, ob es nun Wandmalprojekte für Nicaragua, neue kleine Museen wie das Waschhaus Weegerhof, der Wipper-Kotten oder aber Lesereihen des Solinger Buchhandels, Kulturveranstaltungen der Biologischen Station sowie das Güterhallenfest oder die Walder Theatertage sind. Ein Tanzfest im Theater und ein Kindermalfest machen – so wichtig sie auch sind – noch nicht das aus, was eine städtische Kulturpolitik sein sollte!

Der große Gemeindeprüfungssparbericht der Bezirksregierung hat auch die Kultur- und Erwachsenenbildung unserer Stadt kritisch unter die Lupe genommen. Exemplarisch wurden die Musikschule und die Stadtbibliothek sowie die VHS untersucht. Das Ergebnis war wenig überraschend: Der Zuschussbedarf für diese Institutionen ist im Städtevergleich besonders niedrig. „Der Vergleich der 23 kreisfreien Städte hat gezeigt, dass Solingen den viertniedrigsten einwohnerbezogenen Zuschuss für Kultur Ausgaben zahlt!). Trotzdem wollen die Finanzprüfer weitere Senkungen jeweils auf das aller unterste Niveau vornehmen und empfehlen z.B. eine Gebührenanhebung sowie eine Reduzierung der Öffnungszeiten für die Stadtbibliothek, die weitere Abschaffung sozialpflichtiger Arbeitstätigkeiten und Gebührenerhöhungen an der Musikschule oder die weitere Einschränkung des Kursangebotes an der Volkshochschule. Diesen Weg eines besonders schlechten Kulturangebotes in unserer Stadt wollen wir nicht weiter beschreiten. Wir halten ihn auch finanzpolitisch für kontraproduktiv. Investitionen in Kultur sind in der Regel Investitionen in Bildung und Lebensfreude. Und das ist es, was Solingen braucht! Daran orientiert sich auch unser Zielkatalog.

Übergeordnete Ziele:

- Kultur muss zu den Menschen gehen
- Kultur muss für alle zugänglich und bezahlbar sein
- Einführung eines Kulturpasses für finanziell Schwache

Orchester: Ziel ist

- der Erhalt eines ausreichend dimensionierten B-Orchesters (72 spielende Personen), verbunden mit klaren Perspektiven für einen dauerhaften Bestand des Orchesters
- die weitere Verstärkung der Orchestertätigkeit in die Gesellschaft hinein (Orchester als Bestandteil der Alltagskultur)
- die Ausweitung der musikpädagogischen Tätigkeit des Orchesters mit Kindern und Jugendlichen

Musikschule: Ziel ist

- die Stärkung und der Ausbau des neuen Standortes (z.B. weitere Attraktivierung der Eingangshalle)
- der Erhalt und Ausbau qualifizierter, sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze
- die Ausweitung der Aktivitäten mit den örtlichen Schulen (kontinuierliche und langfristige Projekte für den Musikunterricht mit Instrumenten und des Projekts „jedem Kind ein Instrument „JEKI““)

- besondere Ansprache und Projekte für benachteiligte Kinder und Jugendliche

#### Theater: Ziel ist

- keine weiteren Kürzungen des Budgets
- Attraktivierung des Angebotes und Kooperationen mit „freien“ Gruppen und Schulen
- der weitere Ausbau des Jugend- und Kinderangebotes
- Öffnung des Theater- und Konzerthauses im Rahmen des Nordstadtkonzeptes für Gruppen, Initiativen, Projekte etc.
- ein Umgestaltungskonzept für das Theater- und Konzerthaus mit der Maßgabe der Öffnung in die Gesellschaft und Belebung der Räumlichkeiten inkl. gastronomisches Angebot für jeden sowie die Integration in den Stadtteil

#### Freie und alternative Kultur: Ziel ist

- der Erhalt und die (bessere) Förderung der Cobra als soziokulturelles Zentrum in Selbstverwaltung, einschließlich des Kinos am Standort
- Bereitstellung von Proberräumen für Musikgruppen
- der Erhalt und der Ausbau des bescheidenen und (mehrfach) gekürzten Fördertopfes für kulturelle Einzelhilfen
- die Förderung von neuen Kulturprojekten (z.B. alternative Theaterprojekte wie der „Jedermann“)

#### Institutioneller Rahmen: Ziel ist

- in einer neuen Struktur der Fachausschüsse des Rates, den Kultur-, Umwelt- und Fraueninteressen, wieder einen eigenen und höheren Stellenwert einzuräumen
- die Teilnahme am Kultursekretariat NRW
- die Verankerung von Kulturangeboten an prominenter Stelle des städtischen Internetauftritts
- das Kulturangebot über verstärkte Kooperationen, zum Beispiel mit Nachbar- und Partnerstädten (evtl. EU-Projekte), zu erhalten und auszubauen
- Ziel ist es auch, die im NRW-Vergleich geringste Förderung von Jugend- und Alternativ-Kultur, ohne Auspielen unterschiedlicher Bedürfnisse gegeneinander, zu überwinden

#### Museen / Archiv: Ziel ist

- freier Eintritt für Kinder, Jugendliche und Schulklassen in Solinger Museen
- Ausbau und Verstetigung des Museums für „verfemte Künste“
- die Umsetzung gemeinsamer Werbeaktivitäten für die großen Solinger Museen (DKM, Baden, RIM, Schloss Burg, Rheinisches Industriemuseum)
- die Sicherung und die Förderung der vielen dezentralen Museen wie Wipper- und Balkhauser Kotten, Waschhaus Weeger Hof, Laurel&Hardy Museum, O-Bus-Museum
- eine neue Solinger Stadtgeschichte unter Einbeziehung auch des kompletten 20. Jahrhunderts
- Aufbau eines Netzwerkes Industrie- und Stadtteilkultur

Stadtbibliothek: Ziel ist

- die Einrichtung von Schulbibliotheken in allen Schulen
- Einrichtung einer schulbibliothekarischen Fachstelle bei der Stadtbibliothek
- Entwicklung eines Modells zur Einrichtung von Stadtteilbibliotheken
- die Wiedereinrichtung eines Bücherbusses
- Keine Erhöhung der Gebühren und keine Verringerung der Öffnungszeiten
- Keine Streichung oder Kürzung des Etat für die Neuanschaffung von Medien

Volkshochschule: Ziel ist

- Erhalt und Förderung eines bedarfsgerechten und wohnortnahen allgemeinbildenden Angebots in den Bereichen Gesundheit, Kultur, Sprachen und Politik
- Adäquates und ausreichendes Angebot für bildungsbenachteiligte Bevölkerungsschichten (nachträgliche Schulabschlüsse, Alphabetisierung) und Zielgruppen (Menschen mit Behinderungen)
- Entgeltstrukturen, die allen Interessierten eine Partizipation an den Bildungsveranstaltungen der VHS ermöglichen
- Ausreichende Ausstattung vor Ort, kein Wegfall von Stellen beim Ausscheiden von Beschäftigten

## **Sport**

### **Jeder an seinem Ort - mehrmals in der Woche: Sport**

Sport ist nicht nur Freizeitbeschäftigung. Er fördert die sozialen Beziehungen, leistet Integrationsarbeit, dient der Gesundheit wie der Regeneration und ist ein wichtiger Standortfaktor. Deshalb wollen wir auch den durch das Kombibad drohenden Kahlschlag bei den Bädern verhindern und

- ein bezahlbares, ortsnahe und dezentrales Sportangebot erhalten
- das Schwimmbad Klingenhalle für den Schul- und Vereinssport ausbauen
- die Hallenbäder Vogelsang und Ohligs erhalten und attraktivieren
- den Förderverein Freizeit- und Badegelände Aufderhöhe unterstützen
- alle Bäder energetisch optimieren
- das Freibad Ittertal möglichst als Naturbad wieder öffnen
- das Spiel- und Bolzplatzangebot für Kinder und Jugendliche erhalten und ausbauen
- Turnhallen für jede Schule.

Die Sportvereine sind Teil des Netzwerkes bürgerschaftlichen Engagements in unserer Stadt. Sport und Bewegung sind aber auch ganz entscheidende Präventionsbausteine für Gesundheitserhaltung und Regeneration nach einer Krankheit. Angesichts der Alterung unserer Gesellschaft und der Bewegungsarmut weiter Teile der Gesellschaft – durch die „Alternativangebote“ Fernsehen und Computer, aber auch durch die meist sitzenden Berufsfelder – kommt einem breit angelegten, gezielten und dezentralen Sportangebot eine besondere Bedeutung zu. Gleichzeitig ist Sport ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, wie die boomenden Trendsportarten gerade im Fitness- und Ausdauerbereich zeigen.

Wir Grüne haben uns immer dafür eingesetzt, dass in Solingen ein breites, der Stadtstruktur entsprechend dezentrales und für die Bürgerinnen und Bürger finanzierbares Sportangebot erhalten bleibt.

Nicht zuletzt die Bäderdiskussion der letzten Monate hat das wieder gezeigt. Wir Grüne haben dafür gekämpft, dass die Freibäder Schellbertal und Ittertal erhalten bleiben. Sie mögen nicht so aufwändige Spiel- und Wellnessangebote haben, aber sie waren sehr gut angenommen, die Solingerinnen und Solinger hatten hier ihren Spaß, ihre Schwimmmöglichkeit und ein dezentrales preiswertes Sportangebot. Gleichzeitig lebten beide Freibäder von weit überdurchschnittlichem ehrenamtlichen Engagement. Mit der Schließung beider Bäder haben die beiden großen Fraktionen CDU und SPD in der vagen Hoffnung auf einen großen Investor damit begonnen, das öffentliche Schwimmbadangebot in Solingen zu zerschlagen. Jetzt sollen die Hallenbäder Vogelsang und Ohligs folgen.

Aus unserer Sicht ist das unverantwortlich. Wir begrüßen, dass die SPD – kurz vor Toresschluss- hier eine Kurskorrektur vorgenommen hat und von der Kombibadplanung Abstand genommen hat, obwohl sie in ihrem Wahlprogramm lediglich feststellt, dass ein Kombibad sich für Solingen „derzeit“ nicht lohnt. Das Hallenbad Vogelsang ist mittlerweile Teil eines großen und vielfältigen Sportzentrums geworden. Mit den nahe gelegenen neuen Sportplätzen und der Korkenzieherbahn könnte dieses Zentrum zu einer richtigen Attraktion in Solingen werden. Mit vergleichsweise geringen Mitteln könnte das Hallenbad um einen Außenbereich ergänzt und die direkte Umgebung mit entsprechenden Spielgeräten attraktiviert werden. Dies fordern wir schon seit langem. Denn, nicht nur die angrenzenden Sportflächen machen aus dem Vogelsang, in Verbindung mit anderen attraktiven Sportstätten in Wald, einen attraktiven Sportstandort für Solingen. Auch die Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln sowie die unmittelbare Nähe des Schulzentrums garantieren Publikum quasi rund um die Uhr. Mit der Schließung des Hallenbades Vogelsang verweigert die CDU der Solinger Bürgerschaft ein attraktives und finanzierbares Sportangebot mitten in der Stadt. Statt dessen setzt sie darauf, dass irgendwo in den Außenbereichen Solingens ein Investor ein kombiniertes Hallen- und Freibad baut, mit herausragenden Wellnessangeboten zu entsprechenden Eintrittspreisen und in Konkurrenz zum Birkerbad.

Hier unterstützen wir Grüne die Planungen der Lebenshilfe, das innerstädtische denkmalgeschützte Hallenbad Birkerstraße zu betreiben. In Ergänzung zur Eissport-halle, die die Lebenshilfe ja mittlerweile seit zwei Jahren erfolgreich betreibt, sollte im Hallenbad Birkerstraße ein attraktiviertes Wellness- und Gesundheitsangebot etabliert werden. Zwei Angebote dieser Art lassen sich in unserer Stadt jedoch nicht kostendeckend fahren. Wir können nur hoffen, dass mit der Fixiertheit auf den Investor nicht das sehr gute Projekt der Lebenshilfe in Gefahr kommt. Wir wollen den Erhalt des Hallenbades Birkerstraße und wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Lebenshilfe eine reelle Chance bekommt, dieses innerstädtische, sehr gut angebundene und angenommene Sportangebot zu betreiben. Vor allem die CDU und der derzeitige verantwortliche Dezernent und Oberbürgermeisterkandidat der CDU torpedieren das Birkerbadprojekt, um die Option auf ein von der Mehrheit der Solinger abgelehntes Kombibad, offen zu halten.

Das Hallenbad Ohligs wollen wir als einziges Hallenbadangebot in Ohligs für die Menschen vor Ort erhalten. Angesichts der steigenden Anzahl älterer Menschen brauchen wir kurze Wege auch im sportlichen Bereich. Was nutzt das große schöne Bad auf der grünen Wiese, wenn die Menschen, für die sportliche Bewegung vor allem auch eine soziale und gesundheitliche Funktion hat, dieses Bad nicht erreichen können. Oder wollen CDU und SPD eine eigene Buslinie dorthin legen? Wer sollte das finanzieren.

Für die Sicherung des Schul- und Vereinsschwimmen sowie die Nichtschwimmerausbildung ist der Anbau an die Klingenhalle mit einem Nichtschwimmerbecken unverzichtbar. Wir fordern, den Bau zügig umzusetzen!

Es führt kein Weg drum herum: Solingen hat und braucht auch zukünftig ein dezentrales Sportangebot. Dazu gehören die verhältnismäßig, kostengünstigen Bäder in den einzelnen Stadtteilen. Dazu gehören aber auch Spiel- und Bolzplätze mit attraktiver Ausstattung in für Kinder und Jugendliche erreichbarer Nähe.

Im Sport gibt es ehrenamtliches Engagement wie in wohl kaum einem anderen Bereich. Wir wollen diese Ehrenamtler unterstützen, denn wir brauchen sie. Solingen braucht all die ehrenamtlich tätigen Übungsleiter, all die Ehrenamtler in Sportvereinen, die dafür sorgen, dass Sportflächen, die die Stadt aus finanziellen Gründen nicht mehr bewirtschaften kann, hegen und pflegen. Deswegen ist es falsch, den Sportvereinen Nutzungsentgelte für Nutzung von Sportflächen abzunehmen. Seit der von CDU und SPD umgesetzten Einführung der Nutzungsentgelte (die im übrigen jetzt schon wieder erhöht werden sollen) sind die Mitgliederzahlen in vielen Sportvereinen rückläufig. Das kann nicht in unserem Interesse sein.

Im Sportverein werden gesellschaftspolitische Werte vermittelt. Das macht ihn sozialpolitisch unverzichtbar – und deswegen sind Maßnahmen zur Sicherung, Stärkung und auch Auszeichnung des Ehrenamtes erforderlich. Wir wollen Qualifizierung, Information, Beratung und Schulungen für ehrenamtliche MitarbeiterInnen von Sportvereinen in Zusammenarbeit mit dem Stadtsportbund stärken. Wer werden uns dafür einsetzen, dass Ehrenamtler die Würdigung in unserer Stadt bekommen, die sie verdienen.

Aufderhöhe ist „Boomtown Solingen“. In diesem wachsenden Stadtteil sind in den letzten Jahren viele Familien gezogen, weitere werden kommen. Deswegen muss das Sport- und Freizeitangebot in Aufderhöhe ausgeweitet werden. Wir werden daher alles dafür tun, dass der Förderverein des Freizeit- und Badegeldes Aufderhöhe endlich die Unterstützung bekommt, die er braucht, um die geplanten Veränderungen ausschließlich ehrenamtlich (!) endlich durchführen zu können. Die Umgestaltung der ehemaligen Umkleidekabinen, die Anlage eines Kiosks, die Attraktivierung der Spielflächen – all das hat der Verein bereits konkret geplant, mit örtlich verankerten und von der ARGE unterstützten Beschäftigungsgesellschaften vorangetrieben – und scheitert doch immer wieder an Verwaltungs- und politischen Hemmnissen. So darf nicht mit ehrenamtlichem Engagement umgegangen werden!

Wir wollen eine offensive Sportförderung in unserer Stadt. Wir wollen, dass alle Menschen Sportangebote wahrnehmen können. Dafür ist es zwingend notwendig, diese Angebote dezentral in den Stadtteilen vorzuhalten, evt. Eintrittspreise sozial zu

staffeln und die Anbindung an den ÖPNV zu sichern. Wir wollen, dass sich Solingen bewegt, individuell oder im Verein – auf jeden Fall aber in hiesigen Sportstätten!

## Wirtschaft

### **Nachhaltig wirtschaften**

Wir brauchen innovative, zukunftsfähige, ökologisch produzierende Unternehmen in Solingen, um auch hier den Strukturwandel zu bewältigen. Deshalb wollen wir

- Solingen als Standort für Umwelttechnologie, Gesundheitswirtschaft, Energieinnovationen, Ressourceneffizienz und mehr Dienstleistung entwickeln
- Unternehmen unterstützen, die sich besonders um die Verbesserung von ökologischen und sozialen Standards bemühen oder auch zusätzlich ausbilden und (Langzeit-)Arbeitslose einstellen
- Klein- und Mittelbetriebe durch Kooperationsmodelle, Handwerker- und Branchennetzwerke stärken
- ein neues Gewerbeflächenkonzept zur Nutzung von Brachen
- Kooperation der Wirtschaft mit der bergischen Universität, Schulen sowie Forschungs- und Beratungseinrichtungen unterstützen
- Ausbildungsverbünde schaffen
- den sanften Tourismus und die kreative Ökonomie pflegen und weiterentwickeln.

Solingen gehört – gemeinsam mit Wuppertal und Remscheid – zu den strukturschwachen Regionen des Landes NRW. Der Strukturwandel des einstigen Industriestandortes der Klingenproduktion ist noch nicht geglückt. Die klassische Wirtschaftsförderungspolitik, die großflächig und in vorauseilendem Gehorsam Gebiete als Gewerbeflächen ausweist und erschließt, verschleudert dafür zu viel Geld und hat nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt. Die interkommunale Konkurrenz der Gewerbeflächen belastet die städtischen Etats aller drei Bergischen Städte. Gleichzeitig fehlt die notwendige Profilierung Solingens als wichtiger Standort der Metallwirtschaft. Das muss sich ändern! Denn Solingen soll auch zukünftig als Arbeitsstandort Gewicht haben und nicht zu einer reinen Schlafstadt für Pendlerinnen und Pendler werden. Deswegen bleibt das mittelständische produzierende Gewerbe der Bereiche Metallverarbeitung und -veredelung auch zukünftig für die wirtschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung. Aber Solingen braucht auch eine Konzeption für Zukunftstechnologie. Statt auf weltweit vagabundierende Investoren zu hoffen, die ohne lokalen Sinn und Bezug auf reine Investitionsanlagen spekulieren, wollen wir und gezielt auf Umwelttechnologie, Gesundheitswirtschaft, Energieinnovationen, Ressourceneffizienz und mehr Dienstleistungen spezialisieren.

Die Überlebensfähigkeit des produzierenden Gewerbes hängt wesentlich von seiner Reaktions- und Entwicklungsfähigkeit hinsichtlich regionaler, nationaler – sogar globaler – Veränderungen ab. Da ist eine enge, dringend zu verstärkende Kooperation mit der Bergischen Universität ein Schlüssel, um zu bestehen. Gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen, die verschiedenen Dienstleister wie IHK, Bergische Entwicklungsagentur, das Regionalbüro, die Energieagentur etc. im Sinne zukunftsfähiger Entwicklung zu nutzen, heißt das Gebot der Stunde. Hier

wird der neue Standort der Bergischen Universität, das Produkt- und Designzentrum zukünftig eine immer größere Rolle spielen (müssen).

Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet langfristige Wettbewerbsfähigkeit statt kurzzeitige Gewinnoptimierung und lässt sich über die gleichzeitige Optimierung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Erfolgsfaktoren realisieren. Nachhaltig wirtschaftende Unternehmen sind nachweislich wirtschaftlich erfolgreicher und länger am Markt. Deswegen unterstützen wir die Profilierung nachhaltig wirtschaftender Unternehmen durch das Label „Öko-Profit“.

Den eigenen Nachwuchs fördert man am besten, indem man direkt in den Schulen ansetzt. Deswegen ist es nötig, engere Kooperationen zwischen einzelnen Wirtschaftsunternehmen und einzelnen Schulen einzugehen, so dass jeder Betrieb „seinen“ Nachwuchs bereits in Praktika oder Informationsveranstaltungen in der Schule für sich werben kann.

Kleine und mittlere Unternehmen brauchen eine Finanzwirtschaft vor Ort, die verlässlich und in Kenntnis der regionalen Situation Kredite vergibt. Das leistet die Stadtparkasse Solingen, gegen deren Privatisierung – auch über eine Veränderung der Betriebsstruktur der WestLB – wir mit allen Mitteln kämpfen.

Um die Arbeitslosigkeit in Solingen wirksam zu bekämpfen brauchen wir ein reibungsloses Zusammenspiel von ARGE, Trägern der Qualifizierung und Unternehmen. Da ist noch einiges zu tun. Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass es einen Sockel von sehr schwer in den ersten Arbeitsmarkt zu vermittelnden Langzeitarbeitslosen gibt. Für diese Menschen müssen wir den Dritten Arbeitsmarkt endlich schaffen, der nicht auf direkte Vermittlung in den Ersten Arbeitsmarkt fixiert ist, sondern den betroffenen Langzeitarbeitslosen die notwendige Zeit gibt sich über persönliche Stabilisierung und Qualifizierung für eine neue Perspektive aufzubauen. Wir wollen niemanden zurück lassen – und wir wollen niemanden aus der Verantwortung für sein eigenes Leben lassen. Aber wir müssen die Hilfestellungen geben, welche die Menschen brauchen. Deswegen benötigen wir den dritten Arbeitsmarkt, der allerdings nur in enger Kooperation mit einem öffentlich geförderten Bereich der Beschäftigungsförderung und in enger Kooperation mit der Interessenvertretung der Wirtschaft koordiniert und realisiert werden kann. Diese Aufgabe wollen wir offensiv angehen.

Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz finden, darf es nicht geben. Wenn es nicht gelingt, in den bisher ausbildenden Betrieben ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, müssen durch intelligente Lösungen neue Ausbildungsplätze geschaffen werden. Dabei könnten über Ausbildungsverbünde auch solche Unternehmen ausbilden, die eigentlich nicht die Kapazitäten für einen eigenen Ausbildungsplatz haben. Andere Unternehmen, die groß genug wären, um auszubilden, dies aber nicht im erforderlichen Maße tun, wollen wir durch eine entsprechende finanzielle Umlage an der gesamtgesellschaftlichen Pflicht beteiligen, die wir gegenüber den Schulabgängerinnen und –abgänger haben. Wir sollten alle Ressourcen heben um dafür zu sorgen, dass möglichst alle Jugendlichen den Einstieg in die Berufswelt schaffen.

Das Bergische hat seine Reize – seit der erfolgreichen Umsetzung der Regionale-Projekte profitieren wir alle immer wieder vom politisch gelenkten Strukturwandel. Nun – nach Abschluss der Förderphase – muss es uns gelingen, die zwei Standbeine der Regionale – Tourismus und kreative Ökonomie – tatsächlich in unserer Stadt zu verankern. Die Tourismuspfade gibt es mittlerweile, die Attraktionen des Bergischen Städtedreiecks wurden z.T. saniert, z.T. durch neue Projekte, wie etwa

die Korkenziehertrasse, der Südpark u.a.m. neu geschaffen. Jetzt muss es darum gehen diese von rot-grün initiierten und finanzierten Projekte auch entsprechend nachhaltig zu Vermarkten. Wer nicht weiß, wie schön es hier ist, der wird auch nicht kommen. Mit Angeboten vor allem im sanften Tourismus sollte auch das Bergische Städtedreieck trotz seiner Strukturschwäche die Möglichkeiten haben, Touristen in nennenswerter Zahl zu ziehen. Nicht umsonst sind viele Projekte in diesem Bereich für eine EU-Förderung angemeldet worden.

Die Güterhallen, überhaupt der Südpark, der Müngstner Brückenpark, sind zu einem wahren Magneten für Sonntagsausflügler und Freizeitgenießer geworden. Das müssen wir sichern und weiter entwickeln, die Fläche dazu ist vorhanden!

## **Finanzen:**

### **Ohne Moos, nichts los**

Wir brauchen eine gerechte Gemeindefinanzreform, sonst können sich strukturschwache Städte wie Solingen nicht vor dem finanziellen Ruin retten. Konjunktur- und Förderprogramme müssen auch und gerade den schwächsten Kommunen zugute kommen. Darin sind sich im Gegensatz zu anderen Parteien die Grünen in Stadt, Land und Bund einig. Wie wichtig die eigene kommunale Wirtschaftskraft ist, wird gerade jetzt, in Zeiten der aktuellen internationalen Banken- und Finanzkrise, deutlich. Deshalb wollen wir

- Wertschöpfung vor Ort ermöglichen
- ein seriöses Finanzmanagement mit sicheren Anlagen und Schuldenabbau
  - durchsetzen, statt Gelder in riskante Finanzgeschäfte zu stecken
- die knappen Finanzmittel in die wesentlichen Bereiche der Daseinsvorsorge, der
  - Bildung und in die regionale Wirtschaft investieren
- den Ausverkauf öffentlichen Eigentums stoppen und rückgängig machen
- Einsparungen durch Investitionen in die energetische Gebäudesanierung erreichen
- in der Verwaltung zuerst bei der Verwaltungsspitze einsparen, z. B. durch Abbau der
  - zu vielen, hoch dotierten Geschäftsführerposten in den städtischen Betrieben
- die Gewerbesteuer anheben, wenn dies die Wirtschaftslage wieder zulässt.

### **Haushaltsdefizit und Gemeindefinanzreform**

Das in der Solinger Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD aus dem Jahr 2006 festgeschriebene Ziel, bis 2010 einen Haushaltsausgleich zu schaffen, wurde nicht erreicht. Stattdessen wollen CDU und SPD dies laut Doppelhaushalt 2009/10 jetzt zum Jahr 2013 erreichen. Voraussetzung dessen soll ein einschneidendes Sparprogramm sein. Schon im vorherigen „Haushaltssicherungskonzept waren u.a. Maßnahmen wie die Einsparung von 1 Mio. € jährlich beim Solinger Nahverkehrsangebot und von 562.000 € bei der Kinderbetreuung enthalten, die zum Glück bis jetzt nur zum kleineren Teil umgesetzt wurden. Im Haushaltssicherungskonzept des Haushalts

2009/2010 werden zusätzlich weitere Einschnitte in die soziale Infrastruktur Solingens festgeschrieben; so wurden u.a. beim Solingen-Pass weitere Kürzungen vorgenommen. Darüber hinausgehende, von CDU und SPD vereinbarte Kürzungen beim Solingen Pass, konnten wir aus der Opposition heraus verhindern.

Nicht einbezogen in diese Haushaltssicherungs-Berechnungen sind die zu erwartenden Folgen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise, die das Ziel des Haushaltsausgleichs im Jahr 2013 trotz aller Kürzungen erst Recht zur Unmöglichkeit werden lassen.

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich seit langem für einen sorgsamem und sparsamen Umgang mit den Gemeindefinanzen ein. Dazu haben wir zahlreiche Vorschläge vorgelegt, deren Umsetzung – anders als bei vielen Beschlüssen der Mehrheitsfraktionen – nicht die soziale, ökologische, kulturelle und sportliche Infrastruktur Solingens zerschlagen würde. Wir halten jedoch eine Befreiung der Stadt aus der Schuldenfalle allein aus eigener Kraft für unmöglich.

Der Schuldenstand der Kommunen in NRW liegt bei knapp 3000 € pro Kopf der Bevölkerung, der Solingens ebenso wie der anderen Kommunen des bergischen Städtedreiecks und der meisten Städte des Ruhrgebietes liegt deutlich darüber.

Der Weg des Sparens bei der Infrastruktur und der personellen Ausstattung, der Weg der einschneidenden Kürzungen in den Bereichen, die die Städte für die Menschen attraktiv erhält führt sie geradewegs in den Abgrund: Sie werden noch stärker, als ohnehin auf Grund des demografischen Wandels prognostiziert, Einwohner an die finanzstärkeren Städte und die umgebenden Landkreise verlieren. Die Abwanderungen wiederum würden die Finanzlage weiter verschärfen.

- Deshalb fordern Bündnis 90/Die Grünen eine Gemeindefinanzreform, die den Städten, die die finanzielle Abwärtsspirale nicht aus eigener Kraft überwinden können, schnell und dauerhaft hilft. Diese Reform ist seit Jahren überfällig, sie wird von Kommunalpolitikern aller Fraktionen gefordert, aber von CDU, SPD, FDP auf Bundes- und Landesebene immer wieder blockiert. Sowohl die im Bund regierende CDU und SPD, als auch die im Land regierende CDU und FDP müssen gezwungen werden, die fatale Finanzlage sehr vieler Städte endlich ernst zu nehmen und den Kommunen mehr Anteile vom Steueraufkommen zu geben. Notwendig sind eine dauerhafte bessere finanzielle Grundlage und ein kurzfristiges Hilfsprogramm für den größeren Teil der nordrhein-westfälischen bzw. der deutschen Städte.

Weiterhin fordern wir zur Stabilisierung der Gemeindefinanzen:

- eine Umstrukturierung des Solidarbeitrags Ost in eine am Bedarf orientierte Förderung,

- einen Gemeindefinanzausgleich, der die „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“ gemäß Artikel 72 (2) des Grundgesetzes zum Inhalt hat,
- eine Berücksichtigung des demografischen Wandels bei den Schlüsselzuweisungen und in den Fördersystemen,
- die Anerkennung von Ausgaben in Bildung und Verwaltungsumbau als Investitionen (inkl. entsprechender Förderungen),
- den Verzicht auf den bzw. die Reduzierung des städtischen Eigenanteils bei Förderprogrammen (insbesondere Stadtumbau),

- die Aufstockung der Denkmalschutzmittel und der Mittel für Altlastensanierung, beide Aufgaben erfordern in den altindustriellen Standorten im bergischen Städtedreieck besondere Beachtung,
- eine verlässliche Regelung, die zumindest das Zinsänderungsrisiko bei den Kassenkreditzinsen aufhebt,
- die Klärung der Frage, in wie weit das Land oder der Bund bei Überschuldung der Kommunen in die Haftung zu nehmen ist.
- Den Kommunen dürfen nicht weiterhin von Bund und Land zusätzliche Aufgaben zugewiesen werden, ohne ihnen dafür auch die notwendigen zusätzlichen Finanzmittel zu erstatten.

### **Finanzpolitische Alternativen für Solingen**

Wir treten für eine maßvolle Erhöhung der Gewerbesteuer, wenn dies die Wirtschaftslage wieder zulässt, ein. Mehreinnahmen in Folge dieser Erhöhung sollen über die Wirtschaftsförderung an diejenigen Betriebe zurückgegeben werden, welche zusätzliche Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen

In der schwarz gelben Regierungszeit stiegen die Kassenkredite der NRW-Kommunen um 38,5 %. Die Neuinvestitionen der Kommunen erreichten einen Tiefstand, so dass kommunale Gebäude und Einrichtungen an Substanz und Wert verlieren und wichtige Zukunftsinvestitionen etwa zur Energieeinsparung unterbleiben.

Die CDU-FDP-Landesregierung hat den Kommunen seit Regierungsantritt strukturell, also jährlich, 1,25 Mrd. Euro entzogen. Insgesamt beläuft sich die Umverteilung von den Kommunen zum Land NRW auf mittlerweile 2,396 Mrd. Euro.

**Die Wiederherstellung und dauerhafte Sicherung der Finanzkraft bzw. Finanzautonomie der Kommunen** ist für Solingens Grüne der wichtigste Maßstab, auch für die Beurteilung der eigenen grünen Bundes- und Landespolitik. Im Gegensatz zu CDU, FDP und SPD sind sich grüne Politikerinnen, in den Kommunen, in Bund und Land, in dieser Frage eines gerechten Finanzausgleiches zu Gunsten der Kommunen einig.

Ähnlich wie das sogenannte Hilfsprogramm, welches derzeit für die Banken aufgelegt wurde, brauchen wir ein Programm für die notleidenden Kommunen. Das ist nicht nur eine Frage der Konjunkturbelebung und Lebensqualität sondern der Verteidigung der Demokratie.

Sparen beinhaltet auch die Konzentration der knappen Finanzmittel auf die wesentlichen Bereiche der Daseinsvorsorge. Deshalb sind Grüne für einen sozial- und umweltgerechten, anstatt eines autogerechten Ausbau dieser Stadt. Luxus, Prestigeprojekte, Gigantomanie lehnen wir ab.

Wir wollen die soziale Staffelung von Abgaben und Beiträgen erhalten – und wo möglich – ausweiten. Soziale Leistungen sollten vor allem für die Dasein, welche sie auch benötigen.

Wir treten dafür ein, dass die Stadt Solingen alle direkten und indirekten finanziellen und organisatorische Belastungen auflistet und vom Bund zurück verlangt, die als

Kosten der gigantischen Rüstung und Kriegsbeteiligung des Bundes an die Kommunen versteckt weitergegeben werden.

### **Gegen Privatisierung und Ausverkauf des Kommunalen Eigentums.**

Solingens Grüne standen mit in der ersten Reihe bei Protesten und Bürgerbegehren gegen den Teilverkauf der Stadtwerke, den Verkauf von städtischen und LEG-Wohnungen und beim Bürgerbegehren gegen die Privatisierung der kommunalen Daseinsvorsorge. Wir vertrauen im Gegensatz zu den verfilzten Altparteien auf die eigene Kraft einer effektiven Verwaltung und trauen uns auch zu, bei entsprechenden Gestaltungsmöglichkeiten, für eine effektive öffentliche Verwaltung zu sorgen. Wie wichtig die eigene kommunale Wirtschaftskraft ist, wird gerade in Zeiten der internationalen Banken- und Finanzkrise deutlich.

Deshalb werden wir uns auch weiter und verstärkt gegen den Versuch von CDU und FDP wenden die kommunalen Stadtparkassen zu zerschlagen. Für die Krise der WestLB, die allein von SPD-, CDU- und FDP-Seilschaften zu verantworten ist, sollen unsere Stadtparkassen, wie es CDU und FDP vorhaben, nicht bluten müssen.

Lebensbereiche wie die Versorgung mit sauberem Trinkwasser, die Entsorgung von Abwässern und Abfällen dürfen nicht ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Gewinnmaximierung betrachtet werden. Hier sind alle Bürger unmittelbar betroffen, um nicht zu sagen ausgeliefert und ohne Wahlmöglichkeit, denn eine Gleichrangigkeit von Anbieter und Kunde/Abnehmer kann es in diesen Bereichen nicht geben. Kanalnetze können angesichts des hohen technischen Aufwandes nicht parallel angeboten werden. Seit mehr als hundert Jahren werden Ver- und Entsorgungsleitungen gebaut und instand gehalten, deren volkswirtschaftlicher Wert inzwischen enorm hoch ist. Bürger und Unternehmen brauchen die Sicherheit, dass dieses Netz vollständig erhalten bleibt und ausgebaut wird, auch wenn sich nicht jeder Rohmeter, jede Reinigungsvorrichtung oder Kläranlage kurzfristig rechnet. Aspekte wie Gesundheit und Umweltschutz haben bei Großaktionären einen nachrangigen Stellenwert, weil die Kosten für etwaige Schäden immer die Allgemeinheit trägt oder sie auf die Opfer abgewälzt werden. Erst diese Verteilung der Verantwortung macht Privatisierungen von Abfallentsorgung und Kanalnetzen so attraktiv für die Käufer. Während der Begriff Gebühren besagt, dass die Kosten für den Abnehmer einer öffentlich kontrollierten Ordnung unterliegen, können Preise für die Ware „Abwasserentsorgung“ oder „Müllabfuhr“ frei am Markt entstehen. Und wo es für den Bürger nur die Alternative gäbe, die eigenen Abwässer zu trinken oder den eigenen Müll selbst zu essen, muss bezahlt werden, was verlangt wird, ganz gleich wie schlecht die Qualität ist.

Dagegen gibt ein gut aufgestelltes und wirtschaftlich effizientes Entsorgungsunternehmen im Besitz der öffentlichen Hand wie die Entsorgungsbetriebe Solingen (EBS) die Gelder, die durch Verbesserung der Betriebsabläufe eingespart werden, an die Kunden/Verbraucher weiter. So gelingt eine hohe Gebührenstabilität seit vielen Jahren, obwohl die Rahmenbedingungen wie Ölpreissteigerung, Sozialabgabenerhöhungen etc. auch für diesen Betrieb gelten. Die entscheidenden Unterschiede bleiben aber: hier werden keine Dividenden für Aktionäre in aller Welt erwirtschaftet, hier muss und darf kein Gewinn entstehen- vielmehr genügt der Ausgleich der Kosten, hier kann sich jeder Bürger über die Berechnungen der Gebühren informieren, hier wird vor Ort entschieden, was wo wie gebaut wird.

Gemeinden, die den anderen Weg gegangen sind, die ihre Daseinsvorsorge in die Hände internationaler Hedgefonds oder sogenannter „Heuschrecken“ gelegt haben, versuchen nun ihre örtlichen Stadtwerke und andere öffentliche Einrichtungen zurückzukaufen. Oft werden große Hürden aufgebaut, überhöhte Rückkaufpreise verlangt. Selbst wenn betroffene Gemeinden zur Zeit nicht an Rückkauf denken, so kann die globale Finanz- und Bankenkrise jederzeit dazu führen, dass sie es müssen. Einseitig nachteilige Verträge, die selbst Rechtsexperten kaum noch verstehen konnten (Cross Border Leasing) und die auf das US-amerikanische Steuersystem ausgerichtet waren, können solche Gemeinden in diesen Fragen der Grundversorgung handlungsunfähig machen.

Derartige Seilakrobatik über Gemeingut, das über Generationen entstanden ist und die Grundlage unserer Versorgungssicherheit darstellt, lehnen wir entschieden ab. Die Solinger Grünen waren die einzigen, die frühzeitig gegen die Pläne von CDU und SPD, Müllverbrennung, Kanäle und Wupperverbandswerke mittels Cross-Border-Leasing opponiert haben und Oberbürgermeister Haug, gegen seine eigene Partei, in der Ablehnung dieser, heute für viele Gemeinden verhängnisvollen „Geschäfte“ unterstützt haben.

Personaleinsparungen in der Verwaltung sollten zu erst bei den Häuptlingen und erst dann bei den Indianern ansetzen. CDU, SPD und FDP haben eine große Zahl von hoch dotierten Geschäftsführerposten geschaffen. Weil CDU und SPD je einen weiteren Dezernenten wollten und deshalb der umstrittene Kämmerer, Ernst Schneider, mit einem höher dotierten Posten als „Frühstücksdirektor“ versorgt werden musste, wurde die Verwaltungsspitze unnötig aufgebläht und dementsprechend verteuert. Wir setzen uns für die Rücknahme dieser Politik ein.

Die unzureichende und fehlende demokratische Transparenz und Kontrolle des Finanzmanagements der Verwaltung wie auch bei den Verkäufen und Vergaben kamen Solingen teuer zu stehen.

Deshalb fordern wir:

- Einen vierteljährlichen Bericht des Finanzmanagements im Rat.
- Mit denjenigen Banken, die die Stadt über Chancen und Risiken von Finanzgeschäften beraten sollen nicht zugleich auch diese Geschäfte abgeschlossen werden.
- Rücknahmen der hohen Grenzen der freien Vergabe durch die Verwaltung.
- Kommunale Gelder sollten grundsätzlich mündelsicher angelegt werden. Mit dem Geld der BürgerInnen darf nicht spekuliert werden.

Der Teilverkauf der Stadtwerke und die Anlage des Verkaufserlöses in von CDU, SPD und FDP favorisierten Fonds hat sich nicht rentiert. Im Gegenteil, andere, mündelsichere Anlagen, wie sie von den Grünen gefordert wurden, oder der hundertprozentige Erhalt der Stadtwerke hätte sich um ein Vielfaches für die Stadt besser gerechnet. Auch der viel beschworene „strategische Partner“ hat wenig gebracht.

Teuer für die Stadt wird es auch, wenn immer mehr Menschen sich in Solingen nicht mehr wohl fühlen und wegziehen. Das bedeutet Steuereinnahme- und Kaufkraftverluste. Deshalb ist für uns aktive Finanzpolitik, der Erhalt und die Förderung der so genannten weichen Standortfaktoren wichtig. Weltoffenheit, gute

Umweltbedingungen, attraktive Freizeit und Kulturangebote, gute Bildungseinrichtungen und eine gute Versorgung mit Kindergärten gehören hierzu.